Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1927

235 (10.10.1927)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gespaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 45 Pfennig ○ Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit" Die Mußestunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark ○ Ohne Zustellung 2 Mark ○ Durch die Post 2.46 Mark ○ Einzelpreis 10 Pfennig ○ Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Westendstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 26; Rastatt, Friedrichsfeste; Offenburg, Langestraße 28

Nummer 235 — Karlsruhe / Montag, den 10. Oktober 1927 — 47. Jahrgang

Reichsratsausschüsse für die Simultanschule

Wertvolle Umwandlung des Schulgesetzentwurfs in Reichsratsausschüssen – Die Simultanschulen sollen bestehen bleiben – Kampf mit der Reichsregierung wegen dieser Beschlüsse in bestimmter Aussicht

Ueber die Beratungen in den beiden Ausschüssen des Reichsrats, die sich mit dem Reichsschulgesetzentwurf in den letzten Tagen eingehend befaßten, ist das Berliner Tageblatt in der Lage, einen ausführlichen Bericht zu bringen. Nach dem in diesem Bericht mitgeteilten Beschlüssen haben die Reichsratsbeschlüsse die wichtigsten Paragraphen des reaktionären Keudellschen Entwurfs zum Teil völlig, und zwar so umgestaltet, daß der umgestaltete Entwurf eine brauchbare Grundlage für eine zweckdienliche gesetzgeberische Beratung bildet. Für uns in Baden sind die Beschlüsse und Umänderungen von besonderem Interesse, die den zeitlich unbegrenzten Fortbestand der Simultanschule sichern wollen. Voraussichtlich wird es schon im Reichsrat zu einem harten Kampfe mit der Reichsregierung kommen, die eine für sie folgenschwere Niederlage erleiden würde, wenn der Reichsrat und der Reichstag die Ausschußbeschlüsse annehmen und noch verbessern würde. Das Berliner Tageblatt weiß zu berichten:

Die Verhandlungen der Reichsratsausschüsse, die am Freitag die erste Lesung des Keudell'schen **Reichsschulgesetzentwurfes** beendeten, haben zu einer **völligen Bernäderung des Entwurfes geführt.** Das gilt bereits für die Ueberschrift. Herr v. Keudell nannte sein Erzeugnis einen „Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146, Absatz II und 149 der Reichsverfassung". Nach den Beschlüssen der Reichsratsausschüsse haben wir es mit dem „Entwurf eines **Reichsvolksschulgesetzes**" zu tun. Während im § 1 des Keudellschen Entwurfes als gemeinsame Aufgaben aller deutschen Volksgenossen die Heranbildung der schulpflichtigen Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit bezeichnet wird, heißt es im Entwurf der Reichsratsausschüsse gemäß der Verfassung, daß dies „im Geiste des deutschen Volkstums und der **Völkerversöhnung**" zu geschehen habe. Die Erklärung Keudells, daß die Jugend „in Unterstützung, Ergänzung und Fortführung der elterlichen Erziehung zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen ist, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen, ist dahin umgeändert daß die Worte „in Unterstützung, Ergänzung und Fortführung der elterlichen Erziehung" wegfallen.

Zur Gemeinschaftsschule heißt es im § III Abs. 1 jetzt: „Die Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich **allen** Kindern **ohne Unterschied des Bekenntnisses** und der Weltanschauung offen", während der Regierungsentwurf sagte, die Gemeinschaftsschule stehe grundsätzlich allen volksschulpflichtigen Kindern offen. Beim Absatz III des § III „Der Religionsunterricht ist für alle Klassen ordentliches Lehrfach," ist jetzt hinzugefügt „Unbeschadet des Artikels 149, Abs. II der Reichsverfassung". Dieser Absatz II des Artikels 149 der Reichsverfassung lautet: „Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der **Willenserklärung der Lehrer,** die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen **der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.**" Es braucht nicht besonders betont zu werden, von welcher Bedeutung dieser Hinweis an dieser Stelle ist. Bei § IV, Abs. II, über die Bekenntnisschule in dem Hinweis, daß aus besonderen Gründen auch andere Kinder eingeschult werden können, aber durch die Aufnahme solcher Kinder die Schule nicht den Charakter als Bekenntnisschule verliere, angegliedert der Satz: „Ein besonderer Grund ist stets dann gegeben, wenn ohne Aufnahme in die Bekenntnisschule die Kinder nicht oder nur mit besonderen Schwierigkeiten eingeschult werden können."

Im § 5 über die **bekenntnisfreie** Schule sind im Absatz 2 die Worte „Religionsunterricht wird nicht erteilt" umgeändert in **„Religionsunterricht ist nicht ordentliches Lehrfach".**

Vor allem haben die Reichsratsausschüsse in der Frage der **Einrichtung** von Volksschulen den preußischen Wünschen Rechnung getragen und dem Gesetz statt einer negativen eine **positive Form** gegeben. Während die Keudellsche Fassung sagt, wann ein geordneter Schulbetrieb gewährleistet wird, wird in der Fassung der Reichsratsausschüsse die **Beeinträchtigung** eines geordneten Schulbetriebes ausführlich fixiert; sie wird **als gegeben** angesehen, wenn in der Gemeinde a) nicht in allen ihren Schulen die als Mindestmaß aufgestellten Bildungsziele erreicht werden können und b) **„den Schulen nach Aufbau und Zahl der Klassen und Unterrichtsabteilungen sowie nach ihren Unterrichtseinrichtungen nicht diejenige Höhe der Entwickelung verbleibt, die eine organische Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens gewährleistet."** Der § 11 über die Anfechtung der Entscheidung bei Umwandlung von Schulformen hat allerdings eine Veränderung im partikularistischen Sinne erfahren. Während der Regierungsentwurf sagt, daß gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts die Rechtsbeschwerde am Reichsverwaltungsgericht nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes stattfindet, so heißt es jetzt, daß die letzte Entscheidung in die Hand der obersten Verwaltungsgerichte der Länder gelegt wird.

Eine völlige **Umwandlung** hat der **§ 12** erfahren. Herr v. Keudell sagte in seinem Entwurf über den Zeitpunkt für die Stellung von Anträgen, daß Anträge auf Einführung einer der vorgesehenen Schulformen jederzeit gestellt werden können, und daß ferner ein rechtswirksam abgelehnter Antrag **frühestens nach drei Jahren wiederholt** werden könne. Die Reichsratsausschüsse aber sagen, daß solche Anträge zwar **jederzeit** gestellt werden können, schränken das aber mit den Worten ein, „sofern nicht durch **Landesrecht regelmäßig wiederkehrende Zeitpunkte zur Stellung von Anträgen** bestimmt werden". Die landesrechtlich festgesetzte Frist zwischen solchen Zeitpunkten dürfe vier Jahre nicht übersteigen.

Ganz neu ist, entsprechend den preußischen Vorschlägen, ein § 12a über die Schulgründung von amtswegen angefügt, der lautet: **„Von amtswegen einzurichtende neue Schulen sind Gemeinschaftsschulen,** soweit sie nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten der in neuen Schule zuzuführenden Kinder in eine andere Schulform umgewandelt werden. Der Antrag kann bereits vor Einrichtung der neuen Schule gestellt werden."

Eine geradezu **sensationelle Wendung** haben die Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen zum Kapitel **„Schulaufsicht durch Schulverwaltung"** genommen. Der § 13 zerfällt im Keudellschen Entwurf in fünf Teile. Davon sind nur noch die beiden ersten Teile übriggeblieben, nämlich die Absätze 1 und 2: **„Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat;** bei Besetzung der Stellen der unmitelbaren fachmännisch vorgebildeten **Schulaufsichtsbeamten** ist auf die **Art** der ihnen unterstellten Schulen **nach Möglichkeit** Rücksicht zu nehmen." Die Absätze 3, 4 und 5 sind weggefallen, es handelt sich um die Absätze, die den größten Widerspruch hervorgerufen haben, nämlich 3 und 4: „In die **örtlichen Schulverwaltungskörper,** denen Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, ist **je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaft** (evangelischer Pfarrer, katholischer Pfarrer, Rabbiner) mit Sitz und Stimme aufzunehmen. Der Vertreter der Religionsgesellschaft beruft die Schulaufsichtsbehörde auf Vorschlag der betreffenden Religionsgesellschaft".

Im § 14 über den Religionsunterricht in den Volksschulen ist im Regierungsentwurf rundweg gesagt, daß in den Gemeinschafts- und Bekenntnisschulen für Bekenntnisminderheiten Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach einzurichten ist, wenn durchschnittlich mindestens zwölf Kinder des betreffenden Minderheitsbekenntnisses in der Schule vorhanden sind, die am Religionsunterricht teilnehmen. Dazu heißt es in der jetzigen Fassung: „Es sei denn, daß innerhalb der Gemeinde ohne besondere Schwierigkeiten die Möglichkeit zum Besuch des Religionsunterrichts in ihrem Bekenntnis an einer anderen Schule besteht".

Eine weitere **Ueberraschung** bietet die Tatsache, daß in dem neuen Entwurf der § 16 — „zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht bestellt der Staat im Schulwesen erfahrene Beauftragte, die von der Religionsgesellschaft vorgeschlagen werden" — **überhaupt wegfällt.**

Bei den **Uebergangs- und Schlußbestimmungen** ist ferner noch neu angefügt, daß die Frage, ob Hilfsschulen oder Hilfsklassen, Förder- und Begabtenklassen, sowie Versuchsschulen, und über das Ziel der allgemeinen Volksschule hinausführende Oberklassen als Gemeinschaftsschulen oder als Bekenntnisschulen einzurichten oder beizubehalten sind, der Bestimmung des Landesrechts unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse **überlassen** werden soll. Die Uebergangsfrist, beziehungsweise die Frist für den Erlaß der zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften durch die Länder ist von **zwei** Jahren auf **drei** Jahre heraufgesetzt worden.

Eine vollständige Umwandlung hat der Gesetzentwurf im Bezug auf die Simultanschulländer gefunden. Der Keudellsche Entwurf sagte, daß in den Ländern **Baden** und Hessen sowie in dem ehemaligen Herzogtum Nassau das Gesetz erst **fünf Jahre** nach seiner Verkündung in Kraft treten soll. Nach der Fassung der Reichsratsausschüsse lautet nunmehr dieser einschlägige § 20 folgendermaßen: **„Gebiete des Reichs,** die nach Artikel 174 der Reichsverfassung besonders zu berücksichtigen sind: In den Ländern **Baden,** Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe sowie in dem ehemaligen Herzogtum Nassau und in den Stadtgemeinden Frankfurt am Main und Hanau **verbleibt es bei dem bestehenden Rechtszustande, soweit nicht durch Landesgesetz dieses Gesetz in Kraft gesetzt wird."**

Damit erfährt der Keudellsche Gesetzentwurf eine grundlegende Umwandlung. **Die Zahl der Simultanschulländer ist durch die Reichsratsausschüsse wesentlich erweitert worden,** und diese Länder sind zu Richtern in eigener Sache gemacht.

Dazu kommt nun noch folgendes: Das Reichskabinett und das Reichsinnenministerium haben sich keinerlei Kopfzerbrechen darüber gemacht, wie eigentlich die **Kosten für das Schulgesetz** aufgebracht werden sollen. **Die Reichsratsausschüsse haben sich nun darauf geeinigt, daß das Reich die Kosten übernehmen soll.** Sie haben, wie von Preußen vorgeschlagen, einen euen Paragraph 21 angefügt, der lautet: „Die Kosten, die den Ländern und den Gemeinden aus der Durchführung dieses Gesetzes und der ihm zugrunde liegenden Bestimmungen der Reichsverfassung entstehen, **werden in voller Höhe vom Reiche erstattet."**

Glänzender Wahlsieg in Königsberg

Königsberg, 10. Okt. (Funkdienst.) Am Sonntag fanden hier die Neuwahlen zum Stadtparlament statt. Sie führten zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie, die ihre Mindestziffern von 9 auf 15 zu steigern vermochte.

Königsberg, 10. Okt. (Funkdienst.) Die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung verliefen trotz der gehässigsten Agitation der Deutschnationalen und Volksparteiler gegen die Sozialdemokratie ohne jeden Zwischenfall. Die Sozialdemokratie erhielt 26852 Stimmen gegen 13336 bei der letzten Wahl im Mai 1924. Sie vermochte infolgedessen ihre Mandatziffer von 6 (nicht, 9 wie es in der ersten Meldung hieß) auf 15 zu steigern. Auch die Kommunisten haben infolge der erfolgten Eingemeindung einen geringen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Sie erhalten statt bisher 12 nunmehr 15 Mandate. Die Volksparteiler gewannen durch die Eingemeindung ebenfalls 3 Sitze, während die Deutschnationalen nur mit Ach und Krach ihren Besitzstand halten konnten. Schwere Verluste erlitten die Völkischen und die Mieterparteiler. Demokraten und Zentrum hielten ihre Stimmen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Hamburg

Rückgang sämtlicher bürgerlicher Parteien

Hamburg, 10. Okt. (Funkdienst.) Die am Sonntag stattgefundenen **Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft** führten zu einem **großen Erfolg der Sozialdemokraten,** den selbst die rechtsstehende bürgerliche Presse bestätigen muß. Es erhielten:

Sozialdemokraten	1927	249 233	Stimmen
	1924	173 358	„
Demokraten	1927	65 457	„
	1924	70 622	„
Zentrum	1927	9 784	„
	1924	8 305	„
Deutschnationale	1927	97 512	„
	1924	90 626	„
Nationalsozialisten	1927	9 881	„
	1924	13 495	„
Mittelstandspartei	1927	27 104	„
	1924	—	
Aufwertungspartei	1927	7 779	„
	1924	—	
Kommunisten	1927	111 294	„
	1924	78 522	„

Das Ergebnis zeigt einen verhältnismäßig **starken Niedergang sämtlicher bürgerlicher Parteien,** während die Sozialdemokraten trotz ihrer jahrelangen verantwortlichen Beteiligung an den Regierungsgeschäften des Hamburger Stadtstaates ihre Stimmenzahl um rund **75 000** zu **steigern** vermochten. Auffallend ist auch an dem Hamburger Wahlergebnis der Rückgang der Demokraten. Sie scheinen überall die Opfer neuerstandener Mittelstands- oder Wirtschaftsgruppen zu werden. Dagegen haben die Kommunisten im Vergleich zum Jahre 1924 ihre Stimmenzahl ebenfalls verhältnismäßig stark gesteigert. Wäre es möglich, **sie verantwortlich** in die Hamburger Politik einzuschalten, dann wäre der Erfolg der gestrigen Wahlen noch größer einzuschätzen, als er schon ist, denn sämtlichen 289 500 bürgerlichen Stimmen stehen an sozialistischen und kommunistischen Stimen 360 000 gegenüber. Es handelt sich hier um eine außergewöhnlich starke Mehrheit.

Die Sozialdemokratie erhält in der neuen Bürgerschaft statt bisher 53 Mandate 61 Sitze. Die Demokraten hatten bisher 21 Mandate, sie müssen sich jetzt mit 16 zufrieden geben. Auch die Volkspartei hat 5 Mandate eingebüßt, sie zählt jetzt 18 statt bisher 23 Sitze. Zahlenmäßig hat die bisher in Hamburg regierende große Koalition — trotz des Wahlerfolges der Sozialdemokratie — infolge der Stimmenverluste der Demokraten und Volksparteiler von den ihr bisher zur Verfügung stehenden 97 Sitzen 2 verloren.

*

Hamburg, 10. Okt. (Funkdienst.) Auffallend an dem Hamburger Wahlergebnis ist im Vergleich zu den letzten Bürgerschaftswahlen die viel stärkere Wahlbeteiligung. Am Sonntag wurden 647 402 gültige Stimmen gegen 534 326 Stimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl im Oktober 1924 abgegeben. Diese Steigerung der Wahbeteiligung um 113 000 Stimmen kommt ausschließlich den Sozialdemokraten und Kommunisten zugute. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis (die Stimmziffern weichen von unserer ersten Meldung etwas ab) verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Sozialdemokraten	247 087	(173 000)
Kommunisten	110 115	(78 522)
Demokraten	65 149	(70 622)
Deutsche Volkspartei	72 239	(74 834)
Zentrum	9 767	(8 503)
Deutschnationale	98 547	(90 692)
Nationalsozialisten	9 737	(13 495)
Wirtschaftspartei	27 055	(6 687)

Die Mandate verteilen sich nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis wie folgt: Sozialdemokraten 63 (53), Kommunisten 28 (24), Demokraten 16 (21), Zentrum 2 (2), Deutsche Volkspartei 18 (23), Deutschnationale 24 (28), Nationalsozialisten 2 (4), Wirtschaftspartei 6 (2).

Der Korrespondent des sozialdemokratischen Pressedienstes bemerkt zu dem Wahlergebnis: Die bisherige Regierungskoalition in Hamburg (Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei) bleibt mit 99 Sitzen gegenüber der deutschnationalen, kommunistischen Opposition mit 54 Stimmen in der absoluten Mehrheit.

Kommunistisches Bandentum

Hamburg, 10. Okt. (Funkdienst.) Der Wahltag ist leider nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Die **Kommunisten,** deren ganzer **Wahlkampf** auf die **gemeinste Bekämpfung** der **Sozialdemokratie** eingestellt war, gingen am Sonntag teilweise zu **tätlichen** Angriffen über. Wo sie sich in der Uebermacht glaubten, fielen sie über Propagandaautos und kleine Propagandatrupps her und rissen Fahnen und Plakate ab. Im Stadtteil Barmbeck überfielen sie mehrere von einer Kundgebung heimkehrende Reichsbannerleute und stachen mit **Messern** auf sie ein. Dabei wurden 3 Reichsbannerleute verletzt und zwar einer so schwer, daß er sofort ins Krankenhaus überführt werden mußte. An einer anderen Stelle der Stadt wurde ein Sozialist von Anarchisten blutig geschlagen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Balkanische Wetterwolken

Der September war in Mazedonien der **unruhigste** Monat seit Jahren. Auf dem zu Südslawien gehörenden Gebiet gab es kurz hintereinander drei versuchte oder vollendete Bombenattentate, und in dem griechischen Salonik wurden ein paar Bulgaren festgenommen, die die Französisch-Serbische Bank, das Südslawische Konsulat und angeblich die Gebäude der südslawischen Freizone in die Luft sprengen wollten. Alle diese Anschläge werden übertroffen von der Erschießung des Generals Kowatschewitsch in Schtip, die nicht nur für den Balkan eine gefährliche Lage schafft, sondern auch Europa **bedenklich aufhorchen** läßt.

Bomben und Brownings sind in Mazedonien die Mittel, mit denen sich die IMRO — Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation — **bemerkbar** macht. Es ist jener auf **terroristische** Methoden eingeschworene Kampfverband, der schon in der Türkenzeit an der Befreiung des Landes arbeitete und seine Tätigkeit nicht einstellte, als nach Verjagung der Türken Mazedonien bei schwerer Benachteiligung Bulgariens fast nur von Serben und Griechen aufgebaut wurde. Namentlich regt sich die IMRO in dem Teil Mazedoniens, der unter dem Namen Südserbien von Belgrad aus regiert wird. Für ihre Wirksamkeit ist hier der Boden bereitet durch Mißstände aller Art, Willkür der Behörden, Rechtlosigkeit der Bevölkerung, wirtschaftliche Not, sozialer Druck. Daß die Organisation jetzt zu schärferen Schlägen ausholt, könnte als Antwort auf die Foltern gedeutet werden, die im Kerker von Skoplje eine Anzahl wegen revolutionärer Umtriebe verhafteter mazedonischer Studenten zu erdulden hatte. In Wirklichkeit ist das Ziel der IMRO weiter und höher. Einmal sind die Bomben- und Revolverattentate dieser Wochen eine Visitenkarte, die der Bevölkerung Mazedoniens und auch den südslawischen Behörden sagt: **Wir sind noch da!** Andererseits sollen diese Terrorakte wie schon zur Türkenzeit Europa **an das Dasein einer mazedonischen Frage** erinnern, und deshalb begannen sie jetzt in dem Tagungsabschnitt des Völkerbundes. Schließlich aber — und das ist die Hauptsache — soll die ununterbrochene Reihe von Gewalttaten **jede Annäherung** zwischen Belgrad und Sofia **hintertreiben.** Als der Bauerndiktator Stambolijski keine engbersig bulgarische, sondern eine kühn großsüdslawische Politik betrieb, die auf den Anschluß Bulgariens an seinen Nachbarn hinauslief, wurde er von den mazedonischen Komitees „umgelegt". Die durch den Staatsstreich des 9. Juni 1923 ans Ruder gekommene Regiernug **Zankow** war mehr oder minder eine Gefangene der IMRO. Das Kabinett **Liaptschew,** das im Inneren Zankows reaktionäre Politik fortsetzt, begann allmählich die Fesseln der Mazedonier abzustreifen und suchte den Weg der Verständigung mit Südslawien. In Genf kam es dann unlängst zu einer durchaus freundschaftlichen Aussprache zwischen den Außenministern beider Länder, Burow und Marinkowitsch. Da riefen die Explosionen und Schüsse in Mazedonien dem bulgarischen Ministerpräsidenten zu: Halt auf diesem Weg und denke, daß auch du sterblich bist!

Leider scheint **der erstrebte Zweck erreicht** zu werden, auch wenn sich Liaptschew nicht einschüchtern läßt. Denn erregten schon die letzten Anschläge in Belgrad Erbitterung, so schäumt wegen der Ermordung des Generals die Entrüstung über, und chauvinistische Säbelraßler schreien nach einem **Einmarsch in Bulgarien.** Auf Weisung aus Belgrad ist die bulgarische Grenze bereits gesperrt, und bei höflichen Vorstellungen, wie sie eben noch der südslawische Gesandte in Sofia wegen der Septemberattentate erhoben hat, wird es diesmal nicht bleiben. Wahrscheinlich verlangt Südslawien die wirksame Unterdrückung der mazedonischen Organisationen, die sich auf **bulgarischem** Boden sammeln, mit **bulgarischem** Brot nähren und mit **bulgarischen** Waffen ausrüsten. Erfolgt diese Forderung in einer Form, die der bulgarische Chauvinismus nicht als ehrverletzend empfindet, und hat die Regierung Liaptschew den Mut und die Kraft, mit den mazedonischen Unruhestiftern ernstlich Schluß zu machen, so kann sich alles zum Guten wenden. Aber die Aussicht dazu ist umso geringer, als auch **Mussolini** daran gelegen ist. Belgrad und Sofia im Zustand gegenseitiger Verhetzung zu erhalten. Von den mazedonischen Organisationen führt mehr als ein Faden zu der Balkanpolitik des Faschismus. So gleicht die Lage in unheilvoller Weise **selbst in Einzelheiten** der Situation nach dem Attentat von Serajewo im Sommer 1914.

Die **Tragik der Lage** wird dadurch verschärft, daß Serben und Bulgaren zwei südslawische Stämme sind, die sich sprachlich und kulturell nicht ferner stehen als Reichsdeutsche und Oesterreicher. Wenn sie sich wegen Mazedonien in den Haaren liegen, leiden sie unter der üblen Erbschaft einer Zeit, da der Imperialismus der Großmächte, vor allem Rußland und Oesterreich-Ungarn, eigensüchtig die natürliche Einheit der Balkanslawen auseinanderriß. Belgrad und Sofia sind in einen Wahn verkrampft, wenn die Mazedo-Slawen dort als Serben, hier als Bulgaren angesprochen werden. Sie sind keines von beiden, sondern **ein Zwischenglied** zwischen Serben und Bulgaren, das ein Bindeglied sein könnte und sein wird, wenn die blinde Leidenschaft einmal kühler Vernunft gewichen ist. Im Interesse des Balkans und Europas steht zu hoffen, daß diese kühle Vernunft mit am Tische sitzt, wenn Belgrad jetzt seine Entschlüsse faßt und Sofia auf diese Entschlüsse zu antworten hat. Abgesehen davon bietet sich für den Völkerbund **wieder einmal** eine Gelegenheit, seinen Ruf zu verbessern.

Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform

Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform setzte seine Beratungen über § 25, der die strafrechtlichen Verhältnisse des **Notstands** regelt fort. Abg. **Hanemann** (Dntl.) als Berichterstatter empfahl die Regierungsvorlage mit einigen Aenderungen, die auch der Reichsratsvorlage entsprächen, vorläufig anzunehmen. Abg. Dr. **Wunderlich** (Dvpt.) unterzog die verschiedenen Fälle des Notstandes eingehender juristischer Betrachtung. Die derzeitige Behandlung des Notstandes sei ganz unglücklich durch das BGB nicht genügend geregelt. — Darin waren sich auch die folgenden Redner einig. So empfahl Abg. **Emminger** (B. Vpt.) für die erste Lesung, es bei der Regierungsvorlage zu belassen, suchte aber eine endgiltige Lösung in einem eigenen neuen Vorschlage. — Abg. Dr. **Barth** (Dntl.) übte ebenfalls an dem Entwurf Kritik, da er allzu viel dem Ermessen des Richters anheimgebe und behielt für die zweite Lesung seine Stellungnahme vor. — Abg. Dr. **Zapf** (Dvpt.) war der Ansicht, daß, wenn bei irgend einer Materie die Begriffsbestimmung in Fluß bleiben müsse, dies beim Notstand der Fall sei. Jedenfalls dürfte keinesfalls der rücksichtsloseste Kampf aller gegen Alle gewissermaßen sanktioniert werden. — Abg. Dr. **Bell** (Ztr.) hielt es für notwendig, eine Formulierung herauszuarbeiten, die den Notständler nicht ungünstiger behandelt, als es jetzt der Fall sei. Zu überlegen sei dabei, ob man nicht durch eine Interpretation seitens der Regierung der Rechtsprechung feste Weisungen geben könne. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Schutz des Leibes und Lebens den Sachgütern unbedingt vorzuziehen sei. — Reichsjustizminister **Hergt** bat, an der Vorlage festzuhalten. Die Regierung werde die Anregungen, die im Ausschuß gegeben seien, sorgfältig prüfen und, falls die Prüfung eine spätere Lösung möglich erscheinen lasse, zur zweiten Lesung einen neuen Vorschlag machen. Dabei werde natürlich auch mit Oesterreich Verbindung zu halten sein. Ob die Prüfung zu einem Aenderungsvorschlag führen werde, könnte er heute nicht sagen. In der Abstimmung erhielt § 24 durch Annahme der Anträge der Abgg. Hanemann (Dntl.) und Sänger (Soz.) folgende Fassung: § 24 **Notwehr:** Eine Tat, die in Notwehr begangen wird, ist nicht rechtswidrig. Notwehr ist diejenieg Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden. — Der Verteidigung gegen einen rechtswidrigen Angriff steht es gleich, wenn jemand eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, sofern die Beschädigung oder Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Hat der Täter die Grenzen der Notwehr überschritten, so ist er strafbar, kann aber milder bestraft werden. Hat er sie in Befürchtung, Furcht oder Schrecken überschritten, so ist er straffrei. Der § 25, der den **Notstand** behandelt, blieb inhaltlich unverändert. — Es folgte die Beratung des dritten Abschnittes des Gesetzentwurfes, der den „Versuch" behandelt. — Weiterberatung Dienstag.

Sozialreaktionäres Muckertum

Bete, schufte und darbe Prolet!

Dieser Tage fand in Düsseldorf der 25. Kongreß des evangelischen **Kirchlich-Sozialen Bundes** statt. Er endete wie üblich mit der Annahme von Entschließungen, deren eine sich für Keudells Schulgesetz erklärt. Der **reaktionäre** Geist, der aus dieser Kundgebung spricht, präsentiert sich in geradezu kindlicher Form in einer anderen Resolution, die hier wiedergegeben sei:

„Der Kirchlich-Soziale Kongreß begrüßt **jede kirchlich-soziale Annäherung** zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, insbesondere die Abhaltung von evangelischen **Kirchenkreiszeiten,** sei es für beide Seiten gemeinsam. Es wird dadurch die Atmosphäre geschaffen, aus der die **Arbeitsgemeinschaft** zwischen Arbeitgebertum und Arbeitnehmerschaft auf kirchlich-nationalem Boden erstehen kann."

Kein Wort von den **sozialen** Forderungen der Arbeiterschaft, die sich bereits freuen soll, wenn in einem besonderen Raum **Erbauungsstunden** abgehalten werden, die sogar das hohe Glück genießen darf, mit den Unternehmern zusammen **kirchliche Feierstunden** zu halten. **Predigt und Gebet statt auskömmlicher Entlohnung** und **Achtstundentag** — eine herrliche Lösung für die reaktionären Sozialpolitiker! Die **deutschen Arbeitgeberverbände** werden über diesen Ausweg geradezu begeistert sein müssen —, wenn sie nicht auch hier wieder entdecken sollten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für Betstunden eine „unerträgliche Belastung der Produktion" und ein „freventlicher Anschlag auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" ist.

Moskauer Ketzergericht.

Papst Stalin: „Du aber, Erzketzer Leo Trotzki, der du die Macht des hl. Ekki und des hl. Agitprop geschmäht, sei verflucht im Namen der Komintern, der Profintern und des Kurkomindel!"

Sif

Das Weib, das den Mord beging

Von Reck-Malleczewen.

(Copyright 1926 by Drei Masken Verlag AG., München)

13 (Nachdruck verboten.)

Ja, ein kleines unentwickeltes Ding hat sich niedergelegt auf sein Krankenbett, es ist aber eine andere Sif, die aufersteht von den Toten: nun ist es der Blässe und den noch ein wenig fiebrigen Augen zum Trotz ein vollerblühtes Weib, das dort unter dem Sonnensegel auf seinem Liegestuhl gebettet wird . . . ja, so schön ist sie geworden in diesen Tagen, daß die gentry der ersten Klasse mit Gläsern hinüberlugt nach ihr.

Und die Quartiermeister nicken ihr zu im Vorübergehn, und der junge Telegraphist knüpft ein etwas unmotiviertes Gespräch an, in dem er ihr erklärt, daß die Dinger, die da hin und her gleiten in der bleiernen See, Haifischflossen seien. Und Miß Hyde schickt eine pfundschwere Bonbonniere, und ein argentinischer Fleischbaron will sie partout kennenlernen, und in ihrer Kabine warten Blumengrüße von unbekannten Absendern auf sie. Und jedesmal, wenn vor dem Dinner die Stewards trompeten, dann erscheint in Abenddreß bei ihr der Oberst Miramon, küßt seiner Sekretärin, die bislang noch kein einziges Wort geschrieben hat für ihn, die Hand. „Courage mon bon enfant . . ."

Ja, alles, alles wird noch gut werden . . .

Am vierten Tage ihrer Rekonvaleszenz, zwei Tage vor dem Ende der Reise geschieht es, daß der Oberst Miramon ihr die erste Arbeit, die Durchsicht irgendeines für Berlin bestimmten Aktenstückes auf korrektes Deutsch überträgt Froh, endlich zu einer Betätigung zu kommen, sitzt sie vier Stunden im Damensalon, ist gegen zwölf Uhr nachts erst fertig, will sich zur Ruhe legen, findet auf dem Kopfkissen ihrer Kabine, dort, wo sie es finden muß, einen Zettel mit ein paar gekritzelten Worten. Es sind überkorrekte, etwas ungelenke Schriftzüge, es ist nicht die Handschrift des Oberst Miramon. „Prenez garde!" steht auf dem Zettel.

Sie sitzt auf ihrem Bette, starrt ins Leere. Was soll die Warnung? Vor wem denn soll sie sich in acht nehmen? Und vor allem: wer ist der geheimnisvolle Warner? Der enge heiße Raum beginnt zu drücken auf ihr, Unbehagen foltert sie: sie kleidet sich an, geht wieder hinauf.

Sie klettert aufs Bootsdeck, wo wenigstens etwas wie ein Luftzug zu spüren sein könnte. Unerträglich schwül ist diese Nacht. Die „Manchouria", durch eine dicke Nebelwand gleitend, läßt ab und zu die Mammutstimmen ihrer Sirenen aufbrüllen, aus dem Nichts draußen antwortete es aus unsichtbarem Munde, als liefe da draußen in den Nebeln ein Geisterschiff. Einsam liegen unten die Promenadedecks, im Schein der Kompaßlichter sieht man den lautlosen Schatten des Wachthabenden hin und her gleiten wie einen ruhelosen Geist.

Gewillt, sich abzulenken, macht sie vor der Office der Telegraphisten halt, knüpft ein Gespräch an, indem sie arglos fragt, ob man oben die Funken in die Antennen fahren sehen könne, wird von dem jungen Menschen ein wenig ausgelacht, erfährt die allerneuesten Neuigkeiten: daß er heute die Verlobung von Maud Prentice an ihren mit seiner Jacht bei den Bermudas kreuzenden Vater gefunkt habe, daß in Buenos Aires heute nacht ein Putsch von farbigen Desperados niedergeschlagen sei, daß er soeben einen Haftbefehl der Pariser Polizei für den Bankdefraudanten Bonnaut weitergegeben habe, der dreihundert Meilen von ihnen auf der „Santa Barbara" nach Rio fahre . . . frisch weg vom Dinner verhaftet, in Abenddreß und Lackschuhen in Eisen gelegt, in Rio in Empfang zu nehmen von der Hafenpolizei . . .

Sie fragt möglichst harmlos, ob dergleichen oft vorkomme, verabschiedet sich rasch, ohne die Antwort anzuhören; geht wieder hinunter, wandert, zum ersten Male seit ihrer Erkrankung umgetrieben von der Angst, um das kleine, der zweiten Klasse reservierte Promenadendeck, wandert und wandert, weiß nicht, daß es schon zwei Uhr nachts ist. Hinten das Kielwasser leuchtet, als würde es aus den Tiefen des Atlantik von einem unsichtbaren Scheinwerfer bestrahlt, der lange Schweif verliert sich in der nebelichten See: man läßt sich einfach hinunter, das Schiff rast inzwischen weiter, man versinkt ins Unendliche mit aller Schuld . . .

Ach, man ist ja doch nun einmal zu feige für das Sterben! Und nun hämmern die Nachzügler des Fiebers in ihrem Blute, nun reden wieder die Stimmen unsichtbarer Plagegeister zu ihr: prenez garde . . ., ja, vor wem denn . . . mein Gott vor wem?

Weitergeveitscht von den Furien, stehngeblieben vor dem offenen Maschinenschacht. Niedergeschaut in den tiefen leeren Raum mit seinen gespenstisch-einsam arbeitenden Eisenarmen. Urplötzlich neben sich eine kleine graue Gestalt entdeckt, mit an den Schädel geöltem spärlichem Grauhaar: kichernd erzählt ihr diese seltsam verkleinerte Witwe Grandjean, daß sie sich augenblicklich auf dem Meeresgrunde befinde inmitten von allerlei Krimskrams untergegangener Schiffe, viertausend Meter tief, genau unter der „Manchouria" . . . ob sie vielleicht ein allerliebstes Wrack hinaufschicken solle, um dem Steamer den Bauch aufzuschlitzen?

Da fühlt sie, daß es der Wahnsinn ist, der nach ihrem armen Hirne von neuem greift, faßt mit dem Aufgebot von aller Tapferkeit die Dinge ihrer Umgebung ins Auge, sagt sich laut vor, daß dies da das Häuschen der Rudermaschine und dort rechts die grüne Positionslaterne des Schiffes ist, daß die Witwe Grandjean in Wirklichkeit nur ein kleiner Schiffsjunge ist, der jetzt auf den Pfiff des Wachthabenden zur Brücke läuft: geht nach vorn, läßt sich vom Arzt eine Veronaltablette geben und findet endlich Ruhe.

Am nächsten Morgen erwacht sie davon, daß der Pulsschlag der Schrauben, der sie in ihren Fieberstunden, in den Tagen der Rekonvaleszenz begleitet hat, plötzlich stillsteht. An etwas Außergewöhnliches, an eine Katastrophe glaubend, die dieser Fahrt ein Ende machen könnte, kleidet sie sich rasch an, tritt hinaus, sieht, daß der Gang voller Menschen ist.

Nein, es ist nichts: was diese vor den Badekabinen, vor der Office des Friseurs wartenden Kontorjünglinge beschäftigt, sind lediglich die über Nacht eingetroffenen Einzelheiten über die Straßenkämpfe in Buenos Aires: bolschewistische Funken, die von Europa herüberflogen sind . . . schwere Kämpfe auf der Avenida de Rivadavia . . . . Tanks sollen auf der Plaza del Mayo verwendet worden sein . . . urplötzlich, als sie passiert, verstummen die Shopkeeper, tuscheln leise her hinter ihr . . .

Oben auf dem Deck sieht sie, daß die „Manchouria" stille liegt in dem dicken Lehmwasser, das der La Plata Hunderte von Meilen hinausschwemmt in den Atlantik. Ganz weit rechts liegt als schwacher Hauch die Küste über der trägen See, vor ihnen tauscht ein kleiner grauer argentinischer Kreuzer Flaggensignale mit der „Manchouria" aus: Formalitäten, die wegen der Straßenkämpfe in der Stadt geboten sind, keine Aussicht auf eine Katastrophe im letzten Augenblick . . . heute abend wird man trotz allem in Buenos Aires sein . . .

Beim Maschinenschacht kommt ihr, irgend einen einheimischen Dorftanz pfeifend, Hände in den Taschen, der Diener Theodorowitsch entgegen: „Oberst wartet hinten . . . ." der Kerl bläst ihr aus seinem Spitzbubengesicht den Dampf seiner Zigarette entgegen . . . irgendwo muß ihr doch diese Gestalt eines shakespeareschen Mörders schon begegnet sein!

„Hinten"

(Fortsetzung folgt.)

Bayerische Zustände

München, 7. Okt. (Eig. Bericht.)

Der **Untersuchungsausschuß** des Bayerischen Landtags hörte am Freitagnachmittag als ersten Zeugen den **Justizminister Gürtner,** um über folgende zwei Fragen Auskunft zu erhalten: 1. Warum hat in der Zeit nach dem 1. August 1923 in der gegen Hitler und Genossen wegen der Vorgänge am 1. Mai eingeleiteten Untersuchung keine Erhebung mehr stattgefunden? 2. Ist vom Justizministerium eine Weisung an die Staatsanwaltschaft ergangen, das Verfahren ruhen zu lassen.

Justizminister **Gürtner,** der zunächst **unvereidigt** vernommen wird, schilderte seine persönlichen Eindrücke aus einer Sitzung in der Polizeidirektion München am 30. April, in der darüber beraten wurde, wie man dem bewaffneten Aufmarsch der Kampfverbände am 1. Mai begegnen sollte. In dieser Sitzung wurde beschlossen, mit einigen Kompagnien Reichswehr die Kampfverbände zu zernieren und so lange festzuhalten, bis die Maifeierumzüge der Gewerkschaften vorüber sind. Gürtner bestätigte ausdrücklich als allgemeine Auffassung der maßgebenden Persönlichkeiten in dieser Konferenz, **daß eine Umsturzgefahr von links für den 1. Mai von niemand befürchtet wurde** und ein solcher Umsturz auch gar nicht in Frage stand.

Weiter erklärte der Minister, daß die Untersuchung des Strafverfahrens, das sich an die Vorgänge des 1. Mai gegen Hitler und Genossen anschloß und das vom Staatsanwalt Gressel geführt wurde, **am 1. August zum Abschluß** kam. Auf den Umfang der Untersuchung sei von keiner Seite irgendwie Einwirkung versucht worden.

„Ich habe dann", so fuhr Dr. **Gürtner** fort, „von meinem Strafrechtsreferenten erfahren, daß eine Anklage **wegen versuchten Hochverrates** kaum herauszubringen wäre. Es blieb also nur ein Verfahren wegen Bildung bewaffneter Haufen (§ 127) übrig. Nun war mir klar, daß die Angeklagten sicherlich **eine Verteidigung führen würden, die unter Umständen landesverräterischen Charakter annehmen könnten.** Gleichzeitig hätten die Kabinettsmitglieder Knilling und Schweyer als Zeugen vernommen werden müssen, und dann wäre der **schwere Konflikt im Schoße der Regierung** öffentlich aufgerührt worden und **eine Katastrophe des bayerischen Kabinetts und damit des bayerischen Staates hätte sich nicht mehr vermeiden lassen.** Aus diesem Grunde habe ich eine Besprechung zwischen dem Ersten Staatsanwalt **Stenglein** und meinem Strafrechtsreferenten veranlaßt, die darüber beraten sollten, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt das Strafverfahren forciert werden sollte. Der Strafrechtsreferent wies darauf hin, daß nach seiner Ansicht das Verfahren grundsätzlich durchgeführt werden müßte, **ließ aber das Bedenken** gelten, daß es unter Umständen gut sei, **eine ruhigere Zeit abzuwarten.**

Ich selbst war folgender Auffassung: Die allgemeine politische Stimmung in dieser Zeit — es war September 1923 — stand auf Unruhe und Gewitter. Es war mir vollkommen klar, daß, wenn dieser Prozeß in dieser Atmosphäre durchgeführt würde, das eine Belastung der öffentlichen Sicherheit bedeuten und darüber hinaus **schwere innerpolitische Folgen** haben würde. Dieser Belastung konnte nach meiner Auffassung das bayerische Kabinett nicht ausgesetzt werden, um so weniger, als die Chancen des Prozesses durchaus zweifelhaft waren, da ein Verbrechen nicht vorlag und eine Verurteilung wegen Vergehens durchaus unsicher war. Ich habe deshalb geglaubt, es damals nicht verantworten zu können, meine Zustimmung dazu zu geben, daß die Durchführung der Hauptverhandlung in diesem Zeitpunkt stattfinden soll. Dabei herrschte die allgemeine Auffassung, daß sowieso in allernächster Zeit **eine Wandlung der Dinge kommen müßte, da die politische und wirtschaftliche** Situation unhaltbar geworden war. Von einer Einstellung des Verfahrens war keine Rede.

Es steht fest, daß Lossow und Seiser von Hitler selbst darüber unterrichtet waren, was für den 1. Mai geplant war. Zweifellos war Hitler für alles, was am 1. Mai geschah, **verantwortlich** zu machen. Hitler konnte sich aber bei Gericht darauf berufen, die Regierung von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt zu haben. Daß der zuständige Minister Dr. Schweyer nicht unterrichtet war, ändert strafprozeßgerichtlich nichts an dieser Tatsache. Zur Beurteilung der Frage, ob der Putsch vom 9. November verhindert worden wäre, muß man sich vor Augen halten, daß das Verfahren über die Vorgänge des 1. Mai keinen großen Schaden hatte und wohl höchstens beschränkte Freiheitsstrafen herausgekommen wären. Lediglich **aus Gründen der Sicherheit und Ruhe** kam ich nach Anhörung des staatsanwaltschaftlichen Berichts zu dem Entschluß, das Verfahren auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen.

Es beginnt nun ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. **Hoegner** frug den Zeugen, ob ihm bekannt gewesen sei, daß die Nationalsozialisten an denselben Sammelplätzen aufmarschieren wollten, wie die Freien Gewerkschaften, ob er ferner wisse, daß die Kampfverbnäde sich bewußt waren, daß sie eventuell **gegen die Regierung** handeln würden. Gürtner bejahte diese Frage. Eine weitere Frage, ob dem Minister nicht vorgeschlagen worden sei, den Prozeß, nachdem München nicht geeignet war, an einem anderen Orte durchzuführen, verneinte der Zeuge.

Anschließend folgte die Vernehmung des Landgerichtspräsidenten **Stenglein,** dem damaligen 1. Staatsanwalt in München. Dieser äußerte sich über den Gang des Vorverfahrens und berichtete, daß nach Abschluß der Ermittlungen im August **eine Weisung des Justizministeriums** gekommen sei, über die bisherigen Erhebungen ein Resumee einzusenden. **Dem Zeugen war dieser Ausgang nur recht,** weil durch die Staatsanwaltschaft die Verantwortung für den weiteren Verlauf abgegeben werden konnte. Bei der Besprechung mit dem Justizminister über das von dem Staatsanwalt Dresse angefertigte Resumee sei der Vorschlag gemacht worden, daß der Generalstaatskommissar **Kahr** verständigt und über den für die Verhandlung geeigneten Zeitpunkt gehört werden sollte. Er sei auch noch jetzt der festen Ueberzeugung, daß, wenn der **Hitlerputsch** vom 8. November nicht gekommen wäre, die Stellung Kahrs und damit die politische Konsolidation eine derart gefestigte gewesen wäre, daß der Prozeß noch im November hätte stattfinden können. Er habe nie den Eindruck gehabt, daß es sich darum handelte, in einer mit dem Gesetz nicht zu vereinbarenden Weise auf das Verfahren einzuwirken.

Der nächste Zeuge, der Strafrechtsreferent im Justizministerium, Ministerialrat **Dürr,** erklärte, die Justiz sei allerdings der Auffassung, daß ein Strafverfahren so rasch wie möglich durchgeführt werden müsse. Damals habe man aber vor der Frage gestanden, ob es verantwortet werden könne, daß zu diesem Zeitpunkt der Prozeß geführt wird. Dabei sei auch zu erwägen gewesen, daß durch den eventuellen Prozeß der Zeitpunkt für die Bewaffnung der Nationalsozialisten am 1. Mai besonders aufmerksam gemacht worden wäre. Auch die weitere Erwägung sei in Betracht gezogen worden, daß durch eine Verurteilung wegen § 127 die Nationalsozialistische Bewegung kaum aufgehalten worden wäre. Jedenfalls hätte die Hauptverhandlung die größte Beunruhigung hervorgerufen. Auf eine weitere Frage erklärte der Zeuge, daß in der ganzen Angelegenheit **mit dem Justizminister** Besprechungen stattgefunden hätten. Erst bei der letzten Besprechung sei dann der Beschluß gefaßt worden, **Weisungen an die Staatsanwaltschaft** ergehen zu lassen. Der Zeuge konnte sich aber nicht mehr erinnern, jemals mit dem Referenten der Staatsanwaltschaft gesprochen oder telephoniert zu haben. Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Hoegner erwiderte der Zeuge, er glaube sich erinnern zu können, daß der Justizminister **mit dem Ministerpräsidenten** über die Angelegenheit gesprochen habe und auch dieser der Auffassung war, daß das Verfahren in dem jetzigen Zeitpunkt nicht durchgeführt werden könnte.

Letzter Zeuge war Landgerichtsrat **Dresse,** der in dem Verfahren die staatsanwaltschaftliche Voruntersuchung geführt hatte. Er sagte aus, daß nach der Vernehmung Dr. Roths am 1. August das Vorverfahren im Sinne des Volksgerichtsgesetzes abgeschlossen war. Dann sei vom Ministerium **die Weisung** gekommen, einen Sitzungsantrag erst dann zu stellen, wenn die entsprechende Weisung vom Ministerium komme. Nach dem 1. April 1924 habe er an einer Besprechung mit dem Justizminister teilgenommen, um über die weitere Behandlung zu beraten. Der Zeuge machte hierbei selbst den Vorschlag, das Verfahren nach § 154 der neuen Strafprozeßordnung einzustellen, weil, wie er wörtlich erklärte, nach dem, was wir am 1. April in der Blutenburgstraße erlebt haben (Urteil im großen Hitlerprozeß) **nichts anderes mehr** möglich war. Was das Gerücht über das angebliche Telephongespräch betrifft, so glaubt der Zeuge, daß es sich um eine Verwechslung mit einem anderen Telephongespräch des Ministerialrats **Dürr** handelte, der die Staatsanwaltschaft aufgefordert hatte, ihre Beschwerde gegen den Bewährungsfristbeschluß im Hitlerprozeß zurückzuziehen.

Nach dieser Zeugenvernehmung kam der Ausschuß überein, **auf die Vereidigung der Zeugen** zu verzichten. Ein Vorschlag des deutschnationalen Vertreters, der Ausschuß solle eine den Justizminister rehabilitierende Erklärung formulieren, wurde **vorläufig abgelehnt.** — Die nächste Sitzung, die für den kommenden Mittwoch anberaumt ist, wird **vertraulich** sein.

Reichspressechef Dr. Zechlin

der bereits im vorigen Kabinett Marx seinen verantwortungsvollen Posten versah, soll nun auch ein Opfer des Rechtskurses werden. Ministerialdirektor Dr. Zechlin ist bekanntlich Mitglied der sozialdemokratischen Partei und erfreut sich wegen seiner gediegenen Kenntnisse und großer Gewandtheit in weitesten Kreisen großer Wertschätzung. Trotzdem soll er durch einen „nationalen Mann" ersetzt werden.

Aus der englischen Arbeiterbewegung

Erst Aenderung der kommunistischen Taktik, dann erst Annäherung

London, 8. Okt. (Eig. Bericht.) Der letzte Sitzungstag der **Konferenz der Arbeiterpartei** in Blackpool wurde mit einer von **A. Fenner Brockway** im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei eingebrachten Resolution eröffnet. Die Resolution fordert die Exekutive der Arbeiterpartei auf, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die **Wiedervereinigung aller internationalen politischen Arbeiterorganisationen** auf dem Wege einer **Konferenz** der **sozialistischen Internationale,** der kommunistischen **Internationale** und der keiner der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien herbeizuführen. In seiner Rede, in der er für die Annahme seiner Resolution eintrat, gab **Brockway** zu, daß eine **Einigkeit unmöglich** sei, solange die **Moskauer** Internationale **keine Aenderung ihrer Taktik** vornehme. Er, **Brockway,** glaube jedoch, **Zeichen einer solchen Sinnesänderung** der dritten Internationale beobachten zu können. Brodway unterstrich abschließend die Notwendigkeit der Einbeziehung der Arbeiterorganisationen anderer Kontinente in die internationale Arbeiterbewegung. Die **Resolution der Unabhängigen Partei** wurde von einem Delegierten der Bergarbeiter unterstützt.

Im Namen der Exekutive wandte sich der Eisenbahnführer Cramp gegen die Entschließung. Er wies zunächst auf die verhältnismäßig geringe Bedeutung der **keiner** der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien innerhalb und außerhalb Europas hin. Was die dritte Internationale anbelange, so könne er Zeichen eines Umschwunges, welche Brockway beobachtet haben will, **nicht** beobachten. Zusammenarbeit könne lediglich auf der Basis des gegenseitigen Respekts voreinander möglich sein." „Unsere Gegnerschaft", fuhr Cramp fort, „richtet sich **nicht gegen das russische Volk,** aber gegen einen Vorschlag, der Unvereinbares vereinigen will. Bringen Sie sich nicht in **eine ungewöhnliche Lage** und zwingen Sie uns nicht, auf den Knien zu Leuten **hinzukriechen,** die uns lediglich einen **neuen Stoß** versetzen wollen."

In der folgenden Abstimmung stellte sich die Mehrheit der Konferenz auf den Standpunkt der **Exekutive** und verwarf die Entschließung Brockways mit 1 381 000 Stimmen gegen die immerhin bemerkenswert große Minderheit von 1 071 000 Stimmen. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es bei der Besprechung einer Resolution, die ein Aufgehen der Unabhängigen Arbeiterpartei in die Gesamtpartei fordert, zu einem Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der Sekretär der Bergarbeiter, **Cook,** stand. Als sich Cook anschickte, um die Tribüne zu besteigen, um wie er vorher festgestellt hatte, im Namen der Bergarbeiter gegen diese Resolution Stellung zu nehmen, beantragte Herbert Smith, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen Absetzung dieser Resolution von der Tagesordnung. Die Konferenz gab dem gegen den eigenen Generalsekretär gerichteten Antrag des Vorsitzenden der Bergarbeiter **mit großer Majorität** Folge.

Die Konferenz erledigte hierauf abschließend noch eine große Anzahl von Anträgen und Resolutionen; so nahm sie u. a. z. B. eine Resolution an, die sich gegen die „eingerissene Praxis wendet,

Svante Arrhenius

Svante Arrhenius, der große schwedische Forscher, dem die Welt hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete der physikalischen Chemie verdankt, ist (wie bereits kurz gemeldet) nach kurzem Krankenlager einem tückischen Darmleiden erlegen. Er wurde am 19. Februar 1859 auf dem Schlosse Wik bei der altberühmten Universitätsstadt Upsala geboren. Seine Liebe galt schon in früher Jugend den Naturwissenschaften. An der Universität Upsala vollendete er seine Ausbildung als Chemiker. Hier studierte er von 1876 bis 1881. Wenige Jahre später, 1884, wurde er Privatdozent für physikalische Chemie. Bald aber verließ er die Heimat und widmete sich dem Studium seiner Wissenschaft an anderen europäischen Forschungsstätten. So kam der hochbegabte Mann mit den bedeutendsten Chemikern Europas in Verbindung, vor allem mit Wilhelm Ostwald und van t'Hoff.

Ostwald lehrte damals noch in seiner Vaterstadt Riga, wo er am dortigen Polytechnikum eine Stelle als Professor innehatte. Van t'Hoff ist einer der Begründer der Stereochemie, der neuzeitlichen Lehre von dem Aufbau der Materie durch Elektronen und Jonen. Nacheinander studierte Arrhenius in Riga, Würzburg — hier u. a. bei Kohlrausch —, in Graz unter Botzmann und endlich wieder bei Ostwald, der inzwischen eine Berufung nach Leipzig erhalten hatte. Hier in Leipzig erschien auch die Zeitschrift für physikalische Chemie, die Ostwald gemeinsam mit van t'Hoff herausgab. Der Einfluß dieser Europa-Reise ist in dem späteren Werdegang Arrhenius' deutlich zu erkennen. Sein Blick ging alsbald in die Weite.

Seine Gedanken ließen ihn zum Schöpfer einer neuen Theorie vom Werden und Vergehen der Welten werden. Er sah unter anderem in den große Nebeln, die das Fernrohr im Weltall, unzählige Lichtjahre von unserer kleinen Erde entfernt, findet, die große Kraftquelle für das Entstehen neuer Welten. Hier sollen sich kalte Sterne mit neuer Energie beladen, um wieder als junge Sonnen den Weg durch die Unendlichkeit zu finden. Eine andere geistreiche Theorie des großen Schweden befaßt sich mit dem Druck der Lichtstrahlen im Raum. Diese Anschauung erklärt auch die Entstehung des Lebens auf den Weltkörpern. Es gibt Bakterien, die so leicht sind, daß sie der Lichtdruck aus dem Kraftfeld eines Weltkörpers entführen kann. Sie benutzen dann gleichsam die Lichtstrahlen als Weltenraum-Schiffe und schweben so lange „zwischen Himmel und Erde", bis sie zufällig auf einem neuen Stern eine Heimat finden. Eine andere Untersuchung befaßt sich mit dem Einfluß des Mondes auf den elektrischen Zustand unserer Erde.

Der überaus arbeitseifrige Mann ließ übrigens eine sehr große Anzahl von wissenschaftlichen Abhandlungen erscheinen, die zum weitaus größten Teil in den Berichten der Stockholmer Akademie der Wissenschaften abgedruckt wurden. Sie behandeln meist seine Dissoziations-Theorie, die unsere Anschauungen über den Aufbau der Materie ganz hervorragend förderte. Nach dieser Theorie werden Salze in wässerigen Lösungen zum großen Teil in ihre kleinsten Bestandteile, in Elektronen und Jonen, zerlegt. Arrhenius untersuchte das elektrische Leitungs-Vermögen solcher Lösungen, die Reaktionsgeschwindigkeit, die Diffusion, die innere Reibung der Atome und den Gefrierpunkt. Seine umfassende Tätigkeit trug ihm im Jahre 1903 den Nobelpreis für Physik ein, den zwei Jahre zuvor sein Lehrer und Freund van t'Hoff erhalten hatte. Arrhenius, der 1895 ordentlicher Professor an der Universität zu Stockholm geworden war, wurde zehn Jahre später, 1905, Direktor des Physikalisch-Chemischen Nobel-Instituts. Unbestritten galt er als einer der Großen im Reiche der Wissenschaft.

Auch Deutschland hat Arrhenius geehrt. Die Universitäten Greifswald und Leipzig machten ihn zu ihrem Ehrendoktor. Er, der der deutschen Wissenschaft unendlich viel verdankte, hat ihr stets seine Liebe bewahrt. Durch die Tat, durch sein Werk hat er seinen Dank hundertfältig abgestattet. Mit Svante Arrhenius ist einer der bedeutendsten Geisteshelden Europas gestorben. Sein Name ist in der Geschichte der Wissenschaften für alle Zeiten verzeichnet.

W—s.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Die Programme der sechs Volkskonzerte

Es wurde schon neulich bei der informierenden Vorbesprechung der zehn Sinfoniekonzerte des badischen Landestheaterorchesters betont, daß die wiederum geplanten sechs Volkskonzerte dazu eine wertvolle Ergänzung namentlich für klassisch-romantische Literatur darstellen sollen. Das jetzt bekannt gegebene Gesamtprogramm bestätigt zweifellos diese Ansicht. So sind u. a. Werke von Mozart und Haydn angekündigt, aber auch Schubert fehlt nicht, an dessen hundertsten Todestag — das offizielle Datum (19. Novemebr 1928) fällt zwar erst in die nächste Saison — schon die Aufführung von zwei seiner bedeutendsten Sinfonien erinnert. Gegenüber den Vortragsfolgen des letzten Jahres, die ausschließlich dem sinfonischen Lebenswerk Beethovens gewidmet waren, macht sich jedoch in der Auswahl der Schöpfungen eine größere Freiheit bemerkbar. Vor allem ist in diesem Rahmen die Wiederholung von Mozarts „Requiem" und ebenso die nochmalige Aufführung von Mahlers „Lied von der Erde" lebhaft zu begrüßen; handelt es sich doch um zwei Werke, die durchaus populären Charakter tragen und ihrer Empfindung nach es wirklich verdienen, zum Allgemeingut der Menschheit zu werden. Mit besonderem Nachdruck darf aber zugleich auf die historisch wichtige Linie aufmerksam gemacht werden, die von Mendelssohn und Schumann über Brahms bis zu Bruckner und R. Strauß führt. Und selbst die Gegenwart ist in den Zyklus, der somit beste sinfonische Musik des 18. und 19. Jahrhunderts umfaßt, einbezogen. Mit drei Uraufführungen verspricht das Programm sogar etwas bisher Ungewöhnliches und vor zwei Jahren noch ganz Unmögliches. Wenn man jetzt daran denkt, eine Ouvertüre von Serck, eine Sinfonie von Senfter und ein Orgelkonzert von Corelli-Malipiero als Novitäten herauszustellen, so beweist das zumindest, daß man diesen sechs volkstümlichen Abenden im Musikleben der Stadt künftig eine sehr wichtige Rolle beimessen will. — Auch die Namen der vorgemerkten Solisten bezeugen, daß das badische Landestheater alles aufbietet, um künstlerisch die Wünsche der Besucher weitgehendst zu befriedigen. In den Chorwerken sind die ersten Kräfte unserer Landesbühne beschäftigt, außerdem sind für die einzelnen Konzerte verpflichtet: Juan Manén (Violine), Ottomar Voigt (Violine), Paula Hegner-Jaffé (Klavier), Franz Philipp (Orgel), Josef Peicher (Violine). In die musikalische Leitung teilen sich Generalmusikdirektor Josef Krips und der neue erste Kapellmeister Rudolf Schwarz. Nun ist die städtische Festhalle, in der die Konzerte wieder stattfinden, ein sehr großer Raum; sie nimmt gar viele Menschen auf. Aber wenn all die Arbeiter, Angestellten, Beamten usw., denen sich für billiges Geld ein bedeutender künstlerischer Genuß bietet, wirklich kommen, dann darf man mit einiger Bestimmtheit damit rechnen, daß trotzdem dieser geräumige Saal zu Recht gewählt wurde. Denn seiner inhaltlichen und künstlerischen Bedeutung nach müßte eigentlich jedem einzelnen Konzert ein ausverkauftes Haus sicher sein. Tausende von dankbaren Hörern sollten deshalb durch rechtzeitige Bestellung einer Platzmiete mithelfen, daß diese immerhin mit nicht geringen Kosten getroffene schöne Einrichtung breitesten Schichten der Bevölkerung auch weiterhin erhalten bleibt.

*

Ausstellungseröffnung. Die Ausstellung der Badischen Sezession wurde am Samstag vormittag in den Räumen des Kunstvereins eröffnet. Sie stellt zugleich die 1. Jubiläumsausstellung anläßlich des 100jährigen Bestehens des Kunstvereins dar. Der Vorsitzende der Badischen Sezession, Erwin Heinrich, äußerte sich über den Zweck und die Absicht der Künstlervereinigung, die nur weiterleben könne, wenn immer neue künstlerische Kräfte, die heute noch draußen stehenden und die heranwachsenden, in ihre Reihen treten. — In der Eröffnungsfeier waren Vertreter der badischen Regierung, der Stadt Freiburg, der Universität, sowie eine Reihe im künstlerischen und geistlichen Leben Freiburgs führender Persönlichkeiten, auch viele der ausstellenden Künstler anwesend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

daß Arbeiterabgeordnete und Führer der Arbeiterbewegung sich gegenseitig in kapitalistischen Blättern angreifen".

Am Schluß der Konferenz wurde dem bisherigen Parteivorsitzenden **Roberts**, der ein hervorragender Musiker ist, im Namen der Arbeiterpartei eine wertvolle Violine als Geschenk überreicht. — Den Vorsitz der Partei im kommenden Jahre wird der Abgeordnete Lansbury übernehmen.

CROM

Die Confederacion Regional Obrera Mexicana, wofür CROM die übliche Abkürzung ist, stellt die **stärkste Säule der mexikanischen Regierung** dar. Nur dank dieses Rückhalts ist es bis jetzt dem Präsidenten gelungen, die klerikalen und militärischen Revolten mit eiserner Hand niederzuschlagen. Um die **Stärke der CROM** zu würdigen, muß man sich ihre kurze Geschichte ins Gedächtnis zurückrufen. Im Jahre 1918 mit kaum 8 000 Mitgliedern gegründet, zählt die mexikanische Gewerkschaftsbewegung **heute fast 2 Millionen organisierte Mitglieder.** Ihre Organisation ist die **einzige Massenorganisation im Lande;** nichts kann ohne ihre Zustimmung, geschweige denn gegen ihren Willen getan werden.

Die mexikanische Arbeiterbewegung hat im Kongreß und im Senat 40, bezw. 11 Vertreter. Von den 28 mexikanischen Bundesstaaten werden 5 von Arbeitergouverneuren verwaltet. Eine erhebliche Anzahl mexikanischer Bundesstaaten besitzt außerdem Gouverneure, die der mexikanischen Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstehen und die Ausbreitung gewerkschaftlicher Ideen in jeder Weise begünstigen. Der anerkannte Begründer und Führer der mexikanischen Arbeiterbewegung ist **Luis N. Morones,** der zugleich Minister für Industrie, Handel und Arbeit im Kabinett des Präsidenten **Calles** ist. Morones ist auch Vizepräsident der panamerikanischen Gewerkschaftsverbände. Das neue Exekutivkomitee der Gewerkschaften setzt sich aus den bekannten Arbeiterführern **Lopez Cortes,** dem Haupt der Stadtverwaltung von Mexiko-City, **Juan Fonsaca, Martin Torres, Edmundo Sanchez** und **Jose Radillo** zusammen. Auch das Finanzbudget der CROM für das Jahr 1926 ist geeignet, von ihrer Stärke eine Vorstellung zu geben. Die Einnahmen betrugen 169 945 Pesos, während die Ausgaben, darunter die Hilfe für den britischen Bergarbeiterstreik im Jahr 1926, sich auf insgesamt 160 455 Pesos beliefen.

Präsident Calles und Minister Morones genießen bei der Arbeiterschaft großes Vertrauen. So erklärte der vor etwa vier Wochen stattgefundene mexikanische Gewerkschaftskongreß, dem Präsidenten Calles bis zur Beendigung seiner Regierungsperiode im Jahre 1928 volles Vertrauen zu schenken und sich in dieser Stellungnahme auch nicht von dem bereits begonnenen Wahlkampfe beeinflussen zu lassen. Gestützt auf dieses Vertrauen der Arbeiterschaft, versucht die Calles-Regierung ihr **Wirtschaftsprogramm** durchzuführen, das vor allem auf die Schaffung nationaler Industrien, sowie auf den Bau von **Straßen** und **Bewässerungsanlagen,** die für Mexiko besonders wichtig sind, hinzielt.

Der überragende **Einfluß der Arbeiterbewegung auf die mexikanische Regierung** ist den **Kapitalisten** sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa **unangenehm.** Daraus erklärt es sich, daß — wie vor kurzem der Führer der mexikanischen Transportarbeitergewerkschaft Samuel **Yudico** in einem Vortrag bei dem Niederländischen Verband des Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals hervorhob, die Berichte der kapitalistischen Presse die Dinge meist so darstellen, als ob die mexikanische Arbeiterbewegung aus Banditen bestehe, die ihre Zeit mit dem Erschießen von Kardinälen ausfüllen. Die amerikanische Presse als willige Handlangerin des Kapitalismus helfe bei der Verbreitung dieser Lügen brav mit. Die Wahrheit sehe aber ganz anders aus. Die mexikanischen Arbeiter müßten im buchstäblichen Sinne des Wortes für ihre Freiheit und ihre Interessen **kämpfen.** Die Verbrechen, die man ihnen vorwerfe, hätten sich die Gegner der Arbeiterbewegung zuschulden kommen lassen. Die Gegner seien es, die im Kampf gegen die mexikanische Arbeiterbewegung Frauen und Kinder zu Schlachtopfern machten und mit den gemeinsten Mitteln gegen die Arbeiter vorgehen. Unter religiösem Deckmantel versuchten die Handlanger der Kapitalisten, die in Mexiko ihre Ausbeuterprivilegien bedroht sehen, die mexikanische Arbeiterbewegung zu zerbrechen. Gegenüber diesem Treiben müsse die Arbeiterschaft **der ganzen Welt** zusammenstehen.

Der Badische Lehrerverein zum Reichsschulgesetzentwurf

In der Badischen Landeszeitung, dem Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins, nimmt dieser Stellung zu der **Instruktion,** die das badische Staatsministerium an den Reichsratsbevollmächtigten gegeben hat, wonach im Reichsschulgesetz für die badische Simultanschule eine 12jährige Uebergangsfrist beantragt wird. Der Badische Lehrerverein erklärt dazu, er werde den Kampf um die Erhaltung der Simultanschule unentwegt fortsetzen und schließt: Eine bittere Enttäuschung ist es für die Lehrerschaft, daß sie im Kampf um die Simultanschule vom **Unterrichtsminister verlassen** worden ist.

*

Der Angriff auf den Unterrichtsminister, der im Schlußsatze der oben wiedergegebenen Meldung enthalten ist, dürfte im besonderen von Herrn Hofheinz ausgehen. Es ist um deswillen interessant, weil der Minister und Hofheinz der demokratischen Partei angehören. Dazu beachte man, was der ebenfalls demokratische Abgeordnete Scheel zu den badischen Instruktionen sagt. (Siehe heutige Nummer des Volksfreund.)

Partei-Nachrichten

Kulturwille Nr. 18, 4. Jahrgang: Sonderheft „Lebensgestaltung". — Nur allzu sehr erleben wir von Tag zu Tag den Widerspruch zwischen sozialistischem Wollen und sozialistischem Handeln. Während die politische Erkenntnis in weiten Preisen der Arbeiterschaft bereits Fuß gefaßt hat, vermissen wir bis auf wenige Ausnahmen den Lebensstil, der einer aufstrebenden Klasse würdig wäre. Es ist darum zu begrüßen, daß das Oktoberheft des Kulturwillens sich den Fragen der Lebensgestaltung widmet und einige der wichtigsten Probleme der Lebensreform erörtert. — Otto Jenssen (Lebensreform und Klassenkampf) zeigt die Ursachen der persönlichen und sozialen Laster und betont die Notwendigkeit einer bewußten Lebensreform. — Anna Siemsen (Der Einzelne und die Gemeinschaft) zeigt, wie Freiheit und Entwicklung des Einzelnen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft durchaus möglich sind. Weiter folgen Beiträge über Körperkultur (H. Hoffmann), Arbeitszeit, Löhne und Lebensgestaltung (A. Seehof) und einen wertvollen Ausschnitt aus Hodanns soeben erschienenen Ehebuch „Geschlecht und Liebe". Stößingers Aufsatz „Das Maifest der Zukunft" wird besonders den Arbeiterorganisationen reiche Anregungen für die Ausgestaltung ihrer Feste geben. Ueberaus lebendig ist die Beilage „Kunst und Volk" gehalten. Mit gutem Geschick sind die Bildbeiträge aus Maseeels Stundenbuch ausgewählt. Der Kulturwille zählt zweifellos zu den besten Bildungszeitschriften der Arbeiterschaft und jeder kulturell interessierte Arbeiter sollte ihn abonnieren, zumal der niedrige Preis (Jahresabonnement 3 ℳ, Einzelnummer 30 Pfg.) in keinem Verhältnis zu dem reichen Inhalt steht. Probenummern werden gern kostenlos versandt.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet.

Karlsruhe

Vorstandssitzung. Am Mittwoch, 12. Okt., abends 8 Uhr, in der „Gambrinushalle".

Arbeitersamariter. Die Vorstandssitzung muß umständehalber auf Dienstag, 11. Okt., abends 8 Uhr, verlegt werden. Lokal: „Gambrinushalle". 7407

Durlach. Sozialdemokratische Frauensektion. Am Dienstag, 11. Okt., abends 8 Uhr, spricht Genossin Stark-Karlsruhe in der Lessingschule, Zimmer Nr. 3 über **„Die Entwicklung der Ehe".** Um zahlreichen Besuch bittet 1309 Die Vorsitzende.

Wir verweisen besonders auf die Anzeige der Firma Urban Schurhammer, Weingroßhandlung und Branntweinbrennerei in Durlach. Der gute Name, den diese Firma seit Jahrzehnten genießt, ist die beste Empfehlung für die Güte ihrer Erzeugnisse.

Unsere **Ausstellung** mod. Gardinen u. Dekorationen kann noch bis Montag abend besichtigt werden
Ab Dienstag werden eine größere Anzahl zum Teil leicht angetrübter Ausstellungsstücke (Fensterdekorationen) **mit großem Preisnachlaß abgegeben**
W. Boländer 7402

Von der Reise zurück!
Dr. W. Scholz
Facharzt für Erkrankungen der Atmungsorgane
Amalienstraße 79 1265

MÖBEL aller Art zu billigst. Preisen
M. KAHN Waldstraße 22 neb. Colloseum Gegr. 1875. 6607

Wir bieten in unseren neuen Räumen eine besonders reichhaltige Auswahl 7401
aparter Neuheiten in bekannter Ausführung und Qualität bei billigsten Preisen
B. & H. BAER ELEGANTE DAMENHÜTE *jetzt Kaiserstraße 168* schräg gegenüber der Hauptpost

Das Deutsche Volk in Gefahr! 1282
Oeffentl. medizinal-politischer Vortrag von Schriftsteller Reinhold Gerling, Berlin am **Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr,** im Saale der „Eintracht", Karl-Friedrichstraße 30
Eintritt frei. Reservierte Plätze 1.— Mark.
Vorverkauf im Reformhaus Neubert, Karlstraße 29 a
Wer die höchsten Güter „Freiheit und Gesundheit" finden will, der halte sich diesen Abend für den Vortrag frei

Mietervereinig. K'ruhe (e. V.) Geschäftsstelle: (nur brieflich Anfr.) Baumeister-Str. 33, Stb. III.

4 Röhrig. „Radio" kompl., bill. zu verkaufen. Offerten unter Nr. 7260 an das Volksfreundbüro.

1733 **Badisches Landestheater**
Montag, den 10. Oktob.
Macbeth
von Shakespeare.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.
Duncan von der Trenck
Malcolm Leitgeb
Donalbain Schmidt-Keßler
Macbeth Hierl
Banquo Schulze
Lady Macbeth Ermarth
Fleance Quaiser
Macduff Dahlen
Rosse Herz
Lenox Prüter
Angus Kloeble
Lady Macduff Mietens
Deren Sohn Denning
Siward Höcker
Dessen Sohn Schellenberger
Krieger Graf
Seiton Kuhne
Arzt Kienicherf
Pförtner Müller
Diener Mehner
Kammerfrau Frauendorfer
Mörder Gemmecke, Kloeble
Hexen Ziegler, Bertram, Möderl
Bewaffnetes Haupt Graf
Blutiges Kind Quaiser
Gekröntes Kind Silber
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
I. Rang und I. Sperrsitz 5.— Mk.
Dienstag, den 11. Oktober **Ein besserer Herr.**

Der neue Riesenfilm
Metropolis
gelangt ab **21. Oktober** in den Residenz-Lichtspielen zur Aufführung
Hierüber schreibt die **Deutsche Zeitung,** Berlin 11. 1. 27. Wann wird in Deutschland wieder solch ein Film gedreht werden können? ..... Mit einer Phantasie ohne Schranken sind hier Bilder kühnster Gedanken geformt .... Eine Welt der Maschinen türmt sich zu gigantischer Metropole .... Der Beifall der gestrigen Fest-Uraufführung dieses bisher größten deutschen Films war überwältigend.

Heute:
Die letzte Nacht
nach dem Schauspiel **„Hochzeitsnacht"**
In der Hauptrolle: **Lilly Damita**
Saure Milch Groteske in 2 Akten
Säuglings-Ernährung Lehrfilm
Die Welt im Bild des Resi Aktuell
7403
GROSSES ORCHESTER! Kapellmeister: Bruno Pelz Organist: Alfons Horn Am Flügel: Vollmair-Rettich
RESIdenz-Lichtspiele Waldstraße 30

Pfannkuch
Sonder-Angebot! 20000 Dosen
Bayerische **Blut- u. Leber-Wurst** 7101
frische Fabrikation hergestellt aus bayerisch. Schlachtvieh
2 Pfund-Dose brutto
Blutwurst Mk. 1.00
Leberwurst Mk. 1.10
Probeverkauf 1/4 Pfd. 18 ₰
5% Rabatt Verlangen Sie Rabattmarken!
Pfannkuch

Pensionärhaus mit Garten enthaltend:
1 Fünfzimmerwohnung mit Bad, Küchenbalkon, Nebenräume
1 Zweizimmerwohnung m. sehr schönem Küchenbalkon.
Beste Ausstattung wie Linoleumböden, elektrische Leitungen usw. Putz verl., geschmackvolle Tapeten und Farbanstriche, in sehr schön. und ruhiger Wohnlage unmittelbare Waldnähe zum Preis von RM. 20 000, bei 1—5000 RM. Anzahlung **z. verkaufen.** — Anfragen und zu richten unt. Nr. 7305 an das Volksfreundbüro

Faß gut erhalt., 225 l fassend, **billig abzugeben.** 102 **Kornblumenstraße 3,** 4 Stock.

Süddeutsche **Disconto-Gesellschaft A.-G.**
Filiale Karlsruhe
Kaiserstr. 146, gegenüber der Hauptpost
Wechselstube Hauptbahnhof 7408
Besorgung aller Bankgeschäfte
Geldeinlagen werden zu günstigen Sätzen verzinst

Reformhaus **O. HANISCH** Reformartikel aller Art KARLSRUHE i. B. Kaiserstr. 32 - Telefon 875

Stenotypistin aus guter Familie, mit längerer Büropraxis und mit allen Büroarbeiten vertraut, schöner Handschrift und guten Empfehlungen, in Dauerstellung für hiesiges Großhandelsbüro **zu sofortigem Eintritt gesucht.** Offerten mit selbstgeschrieben. Lebenslauf unter Nr. 7373 an das Volksfreundbüro erbeten.

Bäckerei auch für Kaffee und Konditorei geeignet, bestes Rentenhaus, mit drei mod freien Wohnungen, bei 10 000 Mk. Anzahlung **zu verkaufen.** Anfragen unter Nr. 7304 an das Volksfreundbüro.

Fuhrmann gesucht **G. F. Kübler** Fuhrhalterei Gerwigstr. 52, Tel. 3598

Doktor heilt Bettnässen der Kinder 1285 Schreiben Sie: Dr. Burot Nantes (Frankreich).

Sämtliche **Farben, Lacke** etc. **gebrauchsfertig** für Anstriche aller Art vorteilh. i. Farbenhaus **Hansa Waldstr. 15,** b. Colosseum. 7284

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge verleiht **Franz Heck,** Gartenstr. 7.

Ca. 50 gut erhaltene **Maß-Anzüge** von 10 Mk. an in all. Gr. u. Farb., sow. **Gehrock-, Smoking- und Cutawahnz., Überzieher, Mäntel, Hosen, Jopp.** neu und gebr., sowie **Gelegenheitsposten.** Prima neue **Anzüge** staunend billig. 7268 **Zähringerstr. 53 a II.**

Amtliche Bekanntmachungen

Straßensperre.

Zwecks Durchführung der Ausgrabungsarbeiten für die Wasserleitung der Gemeinde Wöschbach wird der Kreisweg Nr. 33 vom Ortsausgang Wöschbach gegen Berghausen auf einer Strecke von etwa 500 Meter für den gesamten Fuhrwerksverkehr in der Zeit vom 11. bis 14. Oktober 1927 gesperrt.

Umgehungsweg: Von Berghausen über Söllingen nach Wöschbach.

Zuwiderhandlungen gegen obige Sperranordnung werden gemäß § 121 Pol.-Str.-G.-B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1927. O.Z. 121

Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

Gelegenheitskauf.
Kraftfahrzeuge der Polizei.
2 Gradewagen, fahrbereit, 5/16 PS. — 2 Zylinder, 2 Sitzer mit Verdeck, elektr. Beleuchtung, Horn, Anlasser, Werkzeug und Zubehör nebst 1 Reservebereifung gegen Höchstgebot zu verkaufen. Besichtigung in der Werkstätte der Polizeiunterkunft in Karlsruhe, Moltkestraße 12, werktags von 8 bis 16 Uhr.
Verbindliche schriftliche Angebote bis 30. Oktober 1927 einschließlich an die Kasse der Polizeischule in Karlsruhe. 1729
Im Auftrag: Dr. Barck.

Fortsetzung meines **Total-Ausverkauf** wegen Geschäftsaufgabe
Schützenstraße 42 7361
Paarweise zu jedem annehmbaren Preise
Schuhhaus Max Oswald sen.

Versteigerung Dienstag, 11. Okt. 10 Uhr Schillerstraße 52 (Lokal)
gemäß §§ 559, 1234—1240 B.G.B. i. A. gegen bar: 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 4 Rohrstühle, 1 Ausziehtisch, 1 Kohlenherd mit Rohr, große Waschwanne, Waschkessel und etwas Küchengeschirr. **Ferner: Schöner Schreibsekretär, 2 antike Stühle,** 1 Sofa, **Ausziehtisch,** eich. Tisch mit Marmor, Sofa mit Umbau u. Spiegel, **vollständ. Bett, 2tür. Schrank,** Kommode, Nachttisch, Fliegenschrank, **Kassenschrank, Trumeauspiegel,** Reisekoffer, Bilder, Spiegel, 1 Gasherd, Sport- und Stubenwagen. 7406
Hesch, Beeidigter öffentlicher Versteigerer, Goethestraße 18, Telephon 2725.

Rastatter Anzeigen.

Die Liste der Ortseinwohner, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom 8. ds. Mts. ab eine Woche lang im Rathause Zimmer Nr. 18 auf. Etwaige Einsprachen sind während dieser Frist diesseits zu erheben. 1734

Rastatt, den 7. Oktober 1927.

Das Bürgermeisteramt. Götzmann.

Der Kampf um das Reichsschulgesetz

Eine demokratische Stimme zur Haltung des badischen Kabinetts

In der Sonntagsausgabe der demokratischen Neuen badischen Landeszeitung äußert sich deren Chefredakteur Herr Landtagsabg. Scheel in recht bemerkenswerten Auslassungen über die Haltung der badischen Regierung und über die Anträge und Beschlüsse, die von ihr eingebracht und gefaßt worden sind. Die ruhigen und durchweg sachlich gehaltenen Darlegungen des Herrn Scheel stehen in einem wohltuenden Gegensatz zu dem Ton und Inhalt einer Rede, die der ebenfalls demokratische Landtagsabg. Hofheinz kürzlich in Weinheim gehalten hat. Daß Herr Hofheinz es liebt, sich stets ein wenig wichtiger zu geben, als er von allen ernsten Zeitgenossen genommen wird, ist hinlänglich bekannt. Wir zitieren auszugsweise, was Herr Scheel in der N. B. L. sagt:

„... Wir Anhänger der Simultanschule **wollen** ganz selbstverständlich die Verfassung in dem Sinne ausgelegt wissen, daß die Simultanschule in Baden, Hessen usw. unbeschränkt und **unbefristet erhalten** bleiben kann. Wäre die Verfassung aber **nicht** so, sondern dahin auszulegen, daß die Konfessionsschule auch in den Simultan-Ländern nicht völlig unmöglich gemacht, sondern nur erschwert, also etwa beschränkt und befristet werden darf, so würde daraus zunächst folgen, daß an solchem **Reichsrecht** weder ein gegenseitiger Landtagsbeschluß noch ein gegenteiliges Landesgesetz etwas ändern könnten; beide müßten sich im Rahmen des Reichsrechts halten, um Geltung beanspruchen zu können.

Aber diese Auslegung der Reichsverfassung, auf die sich das **Zentrum** beruft, steht eben nicht unangefochten fest. Die Anhänger der Simultanschule konnten daher ihrem Landtagsbeschluß vom 1. Juli die andere Auffassung zugrunde legen, daß Art. 174 die Konfessions- und weltliche Schule in den Simultan-Ländern ausschließt und die dauernde, unbeschränkte Erhaltung der Simultanschule bedeute.

Versteht sich, daß das **Zentrum** dieser Auslegung widerspricht und sie verfassungswidrig nennt. Es hat seinerzeit aus dem Landtagsbeschluß, durch den es in die Minderheit geriet, keine **politischen** Konsequenzen gezogen. Wir kennen die Gründe nicht. Aber man darf vermuten, daß es sich gesagt hat: Die **Entscheidung** fällt im **Reichstag**, nicht im Landtag, in Berlin hat die Zentrumsauslegung der Reichsverfassung mehr Chancen bei der Rechtskoalition, als in Baden bei der Weimarer Koalition. **Eine Regierungskrise in Baden ist daher zwecklos, zumal es sich vorerst nur darum handelt, die badischen Bevollmächtigten für den Reichsrat zu instruieren, in welchem ja garnicht die eigentliche Entscheidung fällt.**

Die **Instruktion** für den **Reichsrat** aber hatte **nicht** zu erfolgen von den **Parteien**, welche am 1. Juli den Landtagsbeschluß faßten, sondern vom **Staatsministerium**, in welchem das **Zentrum** mit seiner grundsätzlich anderen Auffassung über die gleiche Anzahl Stimmen verfügt (und noch dazu über den Stichentscheid) wie die Vertreter der Simultanschule. Nach Auffassung des Zentrums widerspricht der Landtagsbeschluß der Reichsverfassung. Demzufolge und aus grundsätzlicher Befürwortung der Konfessionsschule, lehnt es eine Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten in **dem** Sinne **ab**, daß im Reichsschulgesetz oder durch Landesgesetz die **Konfessionsschule** in den Simultanschul-Ländern **ausgeschlossen** wird. **In diesen Gegensätzlichkeiten zwischen Zentrum auf der einen Seite und Demokraten und Sozialdemokraten auf der andern Seite lag die Schwierigkeit für die Reichsrats-Instruktion. Jeder Kenner der badisch-politischen Verhältnisse hat das übrigens vorher gewußt, er weiß aber ebenso gut, daß dieselbe Schwierigkeit bei jeder andern Regierungskoalition, die überhaupt möglich wäre, bestehen würde, z. B. genau so dann, wenn statt eines Demokraten ein Volksparteiler Unterrichtsminister wäre.**

So stand die Frage im Kabinett, das hernach — für den **Reichsrat** — die bekannten und jetzt stark umstrittenen Beschlüsse gefaßt hat. Auch **dieser** Kompromiß befriedigt **keine** der daran beteiligten Parteien, es ist, um mit der Entschließung des demokratischen Parteivorstandes zu sprechen, für den Simultanschul-Anhänger „durchaus unzureichend", doch auch das Zentrum erklärt, daß es große Opfer gebracht hätte.

Offensichtlich ist das Staatsministerium in seiner Mehrheit von der Annahme ausgegangen, daß die Auslegung der Reichsverfassung, wonach die Konfessionsschule in den Simultanschul-Ländern gänzlich ausgeschlossen werden kann, juristisch nicht haltbar sei oder doch praktisch nämlich schon im Reichsrat und wohl auch im Reichstag, von keiner Mehrheit als gültig anerkannt werden würde. Daß man also damit rechnen müsse, der Keudellsche Entwurf oder ein ähnliches Gesetz werde in beiden Reichsinstanzen doch **angenommen** werden. Mit dieser **Möglichkeit** haben auch die Kabinettmitglieder, welche die Erhaltung der **Simultanschule** erstrebten, gerechnet. Für diesen Fall, der nach Bekanntwerden der preußischen Anträge und der Haltung Bayerns und Württembergs bereits für den **Reichsrat** gegeben war, haben sie den bekannten **Kompromiß** geschlossen und nach ihrer Meinung **den** Weg gewählt, der für die Simultanschule so viel wie möglich **retten** sollte. Man kann mit ihnen darüber rechten, ob sie sich nicht besser hätten im Kabinett **überstimmen** lassen sollen. Gut; dann muß man sich aber auch darüber klar sein, daß **Badens** Instruktion für den Reichsrat: Konfessionsschule oder Stimmenthaltung geheißen hätte. Die **weitere** Konsequenz aber, wenn ernsthaft Politik gemacht werden soll, hätte hernach sein müssen, daß die Simultanschul-Vertreter aus der Regierung ausschieden, diese also besetzt wurde. An sich konnte man auch dieser Folge ruhig ins Auge sehen. Wer aber **das** wollte oder will, der muß auch die **fernere** Konsequenz zugleich mit in Betracht ziehen, daß dann eine Regierung der **Rechten** die höchstwahrscheinliche Nachfolgerin würde. Diese Konsequenz hätte auch das **Zentrum** ziehen können. Niemand, der sich in der badischen Politik auskennt, kann glauben, daß eine Regierungskoalition von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten, anstelle der Weimarer Koalition, zustande gebracht oder aktionsfähig hätte werden können. Ebensowenig kann er glauben, daß eine Koalition der **Rechten**, aus Zentrum und Deutschnationalen, die im Reich den Keudellschen Entwurf veranlaßt haben, in **Baden** für die **Simultanschule jetzt** oder etwa später bei der **Ausführung** des von einer Rechtskoalition im Reich geschaffenen Schulgesetzes der **badischen Simultanschule** eine **bessere** Sicherung schaffen würden, als die Weimarer Koalition.

Diese Erwägungen sind sicherlich von den drei Kabinettsmitgliedern angestellt worden, die für ihre Simultanschule wirken wollen, als sie dem Zentrum die Hand zur Verständigung boten, ebenso wie ihre Parteifreunde in Preußen. Die andere Erwägung kam hinzu, daß es sich **vorerst** nur um die Instruktion für den **Reichsrat** handelte, wo es sich angesichts der ungünstigen Lage für die Opposition nur um Verbesserungen am Keudellschen Entwurf und an den preußischen Anträgen handelte, nicht aber um die wirkliche und endgültige **Entscheidung**, die im **Reichstag** fällt. ..."

Das „Winterprogramm" der badischen National-Sozialisten

Der „große Erfolg" des Nürnberger Reichsparteitages, wo es den Nationalsozialisten gelungen ist, aus dem ganzen Reiche etwa 10 000 ihrer Anhänger nach Nürnberg zu bringen (Finanzierung angeblich aus der eigenen Tasche der Mitglieder?) hat auch den schon etwas lendenlahm gewordenen **Badischen** Nationalsozialismus „mit neuem Kampfeifer erfüllt". Die badischen Nazisozis haben es allerdings auch bitter nötig, ihre „Bewegung" nicht ganz einschlafen zu lassen; können doch in Nürnberg höchstens 100—200 Männekens vom Gau Baden mit dem bekannten „leuchtenden Auge" vor ihrem Oberführer Adolf **Hitler** vorbeimarschiert sein.

Und so trafen sich denn die Ortsgruppenführer, all die kleinen Mussolinis aus den paar badischen Gemeinden, in denen der Nationalsozialismus überhaupt hat Fuß fassen können, kürzlich in Karlsruhe, um über Propaganda, Presse und hauptsächlich auch über das „Winterprogramm" zu beraten. Die erste Rede schwang der abgebaute Lehrer **Lenz**, der für eine in aller Bälde neu zu gründende badische Gauzeitung Propaganda machte. Das bisher für Württemberg und Baden gemeinsame nationalsozialistische Käseblat, der wöchentlich in Stuttgart erscheinende **Süddeutsche Beobachter schwebt nämlich in schweren finanziellen Nöten;** mit seinen Redakteuren kann man auch keinen Staat machen. Der letzte Redakteur im „rüstigen Frontkämpferalter" von 22 (!) Jahren ist unter mysteriösen Umständen von seinem Posten verschwunden. **Der jetzige Redakteur ist wegen Fahnenflucht vorbestraft!** Mit dem M...ndstück wird er trotzdem nach wie vor „siegreich Frankreich schlagen".

Was für ein Blatt diese neue badische Gauzeitung werden soll, zeigen die Ausführungen des Gauleiters, des „berühmten" **Robert Wagner**, eines Gesellen Hitlers beim Novemberputsch 1923, der seine Genossen aufforderte, ihm Maerial über die „badischen Revolutionsmacher von 1918" zu liefern, damit „man diese Herren einmal im gebührenden Lichte erscheinen lassen könne." Sollten diese Helden das Geld zusammenbringen, um ihre Zeitung drucken lassen zu können, so wird man sich ja auf allerhand „liebliche Ergüsse" gefaßt machen können.

Auch der oberste Führer der badischen Sturmabteilungen; der Bürgerkriegsformationen der Nazisozis, **ein Angestellter der Badischen Presse**, ließ sich auf dieser Gautagung vernehmen. Nach ihm sind die Sturmabteilungen die Hauptstütze der Bewegung; **habe man gut disziplinierte Sturmabteilungen, dann sei es leicht, diese mit Waffen zu versehen, selbst wenn sie solche noch nicht kennen würden, würden sie doch damit umzugehen wissen!** Liebliche Perspektiven eröffnet auch die geplante sportliche Ausbildung der Mannschaften der Sturmabteilungen im Faustkampf Jiu-Jitzu und Steinwerfen.

Nachdem der Kassierer noch Klagelieder Jeremiä angestimmt hatte über den schlechten Eingang der Beiträge (Kunststück! Maulaufreißen ist ja auch viel billiger), gab **Wagner** das „Winterprogramm" bekannt. In stillschweigender Anerkennung der Tatsache, daß der Nationalsozialismus in Baden bis jetzt nur ein zartes Pflänzchen ist, das über Nacht verwelken kann, gab er bekannt, daß man sich bemüht habe, einige sogenannte „Redekanonen" der Partei für die Agitation in Baden zu gewinnen. Die Reichstagsabgeordneten **Dietrich-Franken** und **Feder**, deren wüste antisemitische Hetzreden wieder einmal den geistigen Tiefstand der Bewegung eklatant bewiesen, haben ja inzwischen auch schon einige unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagende „Versammlungen" abgehalten. Bevor stehen uns noch der Reichstagsabgeordnete **Strasser** und der „Eroberer" von Berlin, der berüchtigte Dr. **Göbbels**, dem das Berliner Pflaster inzwischen dank des Zugreifens der Berliner Polizei offenbar zu heiß geworgen ist.

Auch der von der „Emden" her bekannte Kapitänleutnant a. D. **von Mücke**, nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter in Sachsen, wird vom Januar 1928 ab den badischen Nazisozis zur Verfügung stehen. Besonders bemerkenswert ist, daß dieser Herr kürzlich im Auftrag der Karlsruher Ortsgruppe der **Deutsch-Nationalen Volkspartei** einen Lichtbildervortrag halten konnte. Diese Tuchfühlung der Karlsruher Ortsgruppe einer „Regierungspartei" des Bürgerblocks mit den nationalsozialistischen Putschisten entbehrt für den Politiker nicht des bekannten Reizes. **Hitler kommt offenbar nicht!** Die Versammlung in Heidelberg wird ihm gezeigt haben, daß in Baden sein Weizen nie blühen wird.

Daß von uns alles geschehen wird, um den „Winterfeldzug" dieser Herrschaften zu einer aufgelegten Pleite zu gestalten, darauf können sie sich heilig verlassen! **Heil Hitler!**

Münchener Justiz.

Wegen der Vorgänge am 1. Mai 1923 wurde gegen Hitler u. Gen. keine Anklage erhoben.

Der Staatsanwalt: „Woran liegt es nur? — Ich vermag keine strafbare Handlung zu sehen!"

Freistaat Baden

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Oktober 1927

Die wenigen schönen Tage im ersten Septemberdrittel ermöglichten die Einbringung der restlichen Getreideernte sowie der Kleeschnitte und des Ohmds an manchen Orten. Die bald darauf einsetzende und mit kurzen Unterbrechungen bis Monatsende andauernde Schlechtwetterperiode behinderte sämtliche Feldgeschäfte wieder erheblich. Starke, weit verbreitete Regengüsse verursachten da und dort (z. B. in der Rheinniederung, im Bodenseegebiet usw.) Hochwasser und setzten neuerdings große Flächen unter Wasser. Durch die anhaltende Nässe ging in diesen Gegenden das noch im Freien liegende Oehmd größtenteils zu Grunde. Die Kartoffeln faulten im Boden und die jetzt in vollem Gange sich befindliche Kartoffelernte, von der man sich reiche Erträge versprach, erleidet einen Ausfall, der je nach Gegend und Bodenart auf **10 bis 50 Prozent**, vereinzelt sogar noch höher veranschlagt wird. Insbesondere die weißen und die gelben Sorten werden von der Fäulnis angesteckt, während die roten Sorten sich widerstandsfähiger erweisen. Auch die **Dickrüben** und **Zuckerrüben** leiden mancherorts unter der Ungunst der Witterung und stehen frühzeitig ab, zum Teil auch infolge der starken, alles überwuchernden Verunkrautung. Grünfutter und Herbstweide ist reichlich vorhanden, jedoch verhindert die überaus starke Bodenfeuchtigkeit vielerorts die wirtschaftliche Ausnützung. An tierischen Schädlingen wird ganz vereinzelt über Zunahme der Mäuse sowie über Vorkommen von Engerlingen berichtet. Häufiger sind die Meldungen über drohende Ackerschneckengefahr für die jungen Wintersaaten, deren Bestellung in den meisten Bezirken allerdings noch ziemlich im Rückstand ist.

Die Nachrichten über den **Stand der Reben** und über die zu erhoffenden Weinmosterträgnisse lauten im allgemeinen nicht sehr erfreulich. Die Gesamtnote der Beurteilung für das Land im ganzen hat sich seit Anfang September des Jahres von 3,2 auf 3,8 verschlechtert, steht also zur Zeit auf „nahezu gering". Der Sauerwurm hat im vergangenen Monat, begünstigt durch die nasse kühle Witterung, in manchen Weinbaugebieten (Markgräflergegend, Bühlergegend usw.) zum Teil erheblichen Schaden angerichtet und damit die Herbstaussichten in quantitativer Hinsicht verringert. Ueber die Qualität des neuen Weines verlautet bisher noch wenig.

Kleine badische Chronik

* **Singen a. H.** Wie bereits gemeldet, ist seit Montag der in den Aluminiumwalzwerken beschäftigte ledige Prokurist Schiffmann flüchtig. Schiffmann soll sich bei seiner Firma krank gemeldet, in Radolfzell bei seinem Zimmervermieter angegeben haben, daß er nach Singen ziehen werde. Man vermutet, daß Sch. seine Flucht von langer Hand vorbereitet hatte. Die defraudierte Summe soll sich auf rund 100 000 ℳ belaufen. Der Vorfall hat begreiflicherweise in der ganzen Umgegend großes Aufsehen erregt. Für die Ergreifung des Defraudanten wurde eine größere Prämie ausgesetzt.

* **Mannheim. Nach der Ueberführung des Mörders der Kontoristin Anna Becker von Saarbrücken nach Mannheim hat jetzt die Staatsanwaltschaft mit der Vernehmung des Kettner begonnen. Seine Tat hat er bereits in Saarbrücken eingestanden. Es bestätigt sich, daß das Mädchen alles aufgeboten hatte, um von „Fred May", wie Kettner sich vorgestellt hatte, loszukommen. Kettner blieb jedoch hartnäckig und hörte nicht auf, das Mädchen zu verfolgen. Danach dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß Kettner, der keinen guten Leumund besitzt, das Mädchen wegen verschmähter Liebe erschossen hat.**

Abstempelung der Reichsanleihe 1927 ab 20. September

Der heraufgesetzte Zinsfuß der sechsprozentigen Reichsanleihe von 1927 soll auf den Schuldverschreibungen und den Zinsscheinen kenntlich gemacht werden. Die Reichsschuldenverwaltung fordert aus diesem Grunde die Inhaber der Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsanleihe von 1927 auf, die Stücke mit den Zinsscheinbogen und einem von dem Einlieferer unterzeichneten Nummerverzeichnis in der Zeit vom 20. September bis zum 20. Oktober 1927 bei der Kontrolle der Reichspapiere in Berlin SW. 68, Oranienstraße 106, und außerhalb Berlins bei der nächsten Reichsbankanstalt zur Abstempelung einzureichen.

Vordrucke für die Nummerverzeichnisse werden bei der Reichsschuldenverwaltung und den Reichsbankstellen unentgeltlich abgegeben. Die Inhaber der Stücke erhalten dieselben Stücke wieder zurück, die sie zur Abstempelung eingereicht haben. Sie müssen damit rechnen, daß die Wertpapiere nach Ablauf der Frist an den Börsen nur noch im abgestempelten Zustand lieferbar sein werden. Kosten oder andere Gebühren werden von den Inhabern der Schuldverschreibungen nicht erhoben.

Der älteste Schiffspassagier der Welt. Im vergangenen Frühjahr blickte die Hamburg-Amerika-Linie auf ein 80jähriges Bestehen zurück. Es trifft sich recht eigenartig, daß gerade in ihrem Jubiläumsjahr mit dem Dampfer „Deutschland" ein Passagier reiste, der vor nahezu 80 Jahren mit dem ersten Schiff der damals vier Jahre alten Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag) nach den Vereinigten Staaten auswanderte. Es ist dies ein Herr W. T. C. Quehl aus St. Louis, der 1851 mit seinen Eltern die Ueberfahrt von Hamburg nach Neuyork mit dem nur 600 Tonnen großen Segelschiff „Deutschland", dem ersten Schiff der Hapag, machte. Vor kurzer Zeit, also nach 76 Jahren, kehrte Herr Quehl auf dem 20 000 B.R.T. großen Zweischrauben-Turbinendampfer „Deutschland" in seine Heimat zurück. Wohl mit Recht kann Herr Quehl für sich in Anspruch nehmen, der älteste Schiffspassagier der Welt zu sein. — Ein weiterer Passagier, der der Hapag seit 70 Jahren die Treue hält, ist ein Professor Früauff aus Allentown (Penn.). Im Mai 1857 fuhr Früauff auf der 200 Tons großen „Borussia", dem ersten Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, von Neuyork nach Hamburg und vor einiger Zeit legte Früauff die nämliche Strecke auf dem 12 000 B.R.T. großen Dampfer „Westphalia" zurück. Die Hamburg-Amerika-Linie überraschte die beiden greisen Passagiere, die recht launig von ihrer ersten Seefahrt erzählten, mit einigen Aufmerksamkeiten.

Bechstein-Pianos. Am Samstag, 1. Oktober, nachmittags gegen halb 3 Uhr, fuhr das in Berlin wohlbekannte Lieferauto der Firma Bechstein beim Palais des Herrn Reichspräsidenten vor, um einen großen Konzertflügel — ein persönliches Geburtstagsgeschenk des Herrn Karl Bechstein — zur Auslieferung zu bringen. Der Herr Reichspräsident hat die Ueberbringer persönlich empfangen und seinen Dank in anerkennenden Worten ausgesprochen. Der Flügel ist dann sofort in der Empfangshalle aufgestellt und mit Blumen geschmückt worden.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 10. Okt. 1927.

Geschichtskalender

10. Okt. 1791 †Dichter Ch. F. D. Schubart. — 1837 †Charles Fourier. — 1868 Allg. D. Arbeiter-Verein neugegründet. — 1918 Kapitulation Bulgariens. — 1919 †Leo Arens. — 1920 Soz. Parteitag in Kassel. — 1923 Eintritt von Kommunisten in die sächsische Regierung.

Der Indianerbrunnen auf dem Werderplatz

Auf dem Werderplatz stand jahrzehntelang ein von Buschwerk umgebenes Bedürfnishäuschen aus Wellblech. Diese Anlage bildete seit langem ein Hindernis für den im Lauf der Jahre immer stärker befahrenen Wochenmarkt der Südstadt und bot außerdem ein vernachlässigtes Bild, da die zugehörige Anpflanzung bei dem starken Verkehr immer mehr einging und das alte Eisenhäuschen durch Verrostung im Verfall war.

Man schlug daher Entfernung der alten Anlage und Ersatz durch eine unterirdische Bedüfnisanstalt an einem Ende des Platzes vor. Der Bürgerverein der Südstadt hat sich in einem Schreiben an den Stadtrat für das östliche Ende des Werderplatzes bei der Marienstraße ausgesprochen, auch der evangel. Prot. Kirchengemeinderat der Südstadt hat sein Einverständnis mit der Wahl des Platzes vor der Johanniskirche erklärt.

Die zur Verfügung stehende Höhe zwischen dem Planum des Platzes und dem Straßenkanal reichte jedoch zur Anlegung einer unterirdischen Anstalt nicht aus. Um das Fehlmaß zu gewinnen wurde ein Marktbrunnen mit entsprechend hohem Stufenunterbau in Voranschlag gebracht.

Die Anstalt enthält die erforderlichen Aborte sowie einen Aufenthaltsraum für eine Wartefrau.

Als Krönung des Brunnenstockes wurde angeregt, einen Volkswitz zu seinem Rechte gelangen zu lassen in Form eines Hinweises auf die volkstümliche Südstadtbezeichnung. Derartige Scherze sind nicht nur an profanen Bauten und Denkmälern aller Zeiten und Völker zu finden, sie wurden auch unbehelligt am Aeußeren und im Innern von Gotteshäusern angebracht und jedermann freut sich heute noch an diesen Künstlereinfällen.

Das Brunnenbecken hat die Form eines an den Ecken abgeschrägten Quadrates von 4,10 Meter Seitenlänge. Die Höhe des Brunnenstockes beträgt vom Planum des Platzes gemessen 5 Meter. Der Brunnenstock selbst besteht nur aus 2 Steinen, von welchen der untere 1⅓ Kubikmeter mißt mit einem Gewicht von 60 Zentnern. Der bekrönende Abschlußstein hatte im Rohblock ein Ausmaß von über 3 Kubikmeter, nach der Bearbeitung wiegt dieser Stein noch gegen 100 Zentner. Als Material für den Brunnen wurde ein gelblicher Travertin von stark poröser Struktur aus Dittwar bei Tauberbischofsheim gewählt. Auf dem Beckenrand sind in Flachrelief Fische, Muscheln und anderes dargestellt.

Die schwere und massige Bekrönung ist als Indianerkopf mit einem Doppelgesicht ausgebildet. Auf der einen Seite befindet sich der Kopf eines Indianers, auf der anderen derjenige des Stadtbaudirektors Beichel. Diese Lösung bedeutet ein Kompromiß gegenüber dem früheren Plan, der bekanntlich die Aufstellung eines Indianers in Lebensgröße vorsah. Aus dem Sockel des Brunnenstockes fließt das Wasser durch 4 Röhren, die jeweils von Doppelstützen gehalten werden.

Die Schöpfer des Brunnens sind Stadtbaudirektor Beichel und Bildhauer August Meyerhuber.

Es ist sehr erfreulich, daß der Humor bei dieser Gelegenheit den Sieg davon trug. Mögen selbst die früheren Gegner sich über diese Lösung erfreuen. Die Schlacht um den Indianerbrunnen ist aus, der Indianerbrunnen im „Indianerviertel" steht, ein Volkswitz kam zu seinem Rechte!

Die allgemeine monatliche Brotgewichtskontrolle

die die Polizei in den Monaten April bis August vorgenommen hatte, hat im Mai, Juni und August Beanstandungen bei insgesamt 5 **Bäckermeistern** und **einer Brotverkaufsstelle** ergeben. In 3 Fällen wurden die Anzeigen niedergeschlagen, weil das Mindergewicht des Brotes nach Mitteilung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt auf zu scharfes Ausbacken zurückzuführen war; das Brot hatte also die vorgeschriebene Mindestmehlmenge gehabt. In den andern 3 Fällen erfolgte **Bestrafung** mit je 100 M. In einem Falle hatten von 22 nachgewogenen Schwarzbroten zu 750 Gramm 12 Brote ein Mindergewicht von 20—75 Gramm je Laib gehabt. Auch Dreipfund-Brote und kleine Rundbrote hatten Mindergewicht aufgewiesen; dagegen hatten einige kleine Rundbrote Uebergewicht bis zu 40 Gramm gehabt. In einem andern Falle betrug das Mindergewicht bei 10 nachgewogenen Schwarzbroten 20—40 Gramm, bei einer zweiten Probe bei 9 weiteren 25—50 Gramm.

*

Die Veröffentlichung der Namen derjenigen Geschäfte, die wirklich Mindergewichts-Brote ohne zu scharfes Ausbacken verkauften, wäre das einzig Richtige. Wer seine Mitmenschen absichtlich betrügt, würde eine derartige Maßnahme verdienen.

Versammlung des Mittel- und Südweststadtbezirks der SPD

In der gut besuchten Versammlung sprach Genosse Vorsitzender Roßbach über den Reichsschulgesetzentwurf. Zunächst kam der Redner auf den an den Volksfreund eingesandten Bericht über sein in der kürzlich stattgefundenen Mühlburger Parteiversammlung gehaltenes Referat über den Reichsschulgesetzentwurf zu sprechen und kritisierte, daß der Verfasser und Einsender des Berichts größtenteils seine eigene Meinung als Inhalt des Vortrags hinstellte, und dies, trotzdem der Referent dieser persönlichen Auffassung schon in der Versammlung entgegentrat.

Dann gab der Referent eine Schilderung über die Entwicklung der Schule, wie sie sich von der jahrhundertlangen Behandlung „als Magd der Kirche" frei gemacht habe, durch den Gesetzentwurf der jetzigen Reichsregierung wieder zu dieser Knechtschaft gezwungen werden solle. Die Weimarer Verfassung hätte den Gedanken der Einheitsschule verwirklichen sollen und es wäre trotz des sogenannten bösen Weimarer Schulkompromisses möglich und wünschenswert gewesen, eine für das ganze Reich geltende einheitliche Schulgattung zu schaffen; aber man habe den ausschlaggebenden Absatz 1 des Artikels 146, der die Gemeinschaftsschule, wie sie etwa die badische Simultanschule darstelle, als Regelschule verlangt, so lange gedreht und gedeutet, bis der Sinn dieses Artikels in sein Gegenteil verkehrt worden sei. Durch Erfindung des famosen Begriffs der Erziehungsberechtigten und unter Mithilfe der Reaktion von rechts diene dem Zentrum der neue Gesetzentwurf dazu, sein Ideal der Konfessionsschule überall in Deutschland zur Vormachtstellung zu bringen. Wenn der Entwurf Wirklichkeit werde, meint der Redner, sei es aus in Deutschland mit Duldung und geistlicher Freiheit und die unzählige religiöse Spaltung, die Deutschland in der Vergangenheit und Gegenwart so großen Schaden gestiftet habe, sei verewigt; das neue Gesetz werde in das deutsche Volk bis in die kleinsten Familien hinein Kampf und Unfrieden tragen. Für Baden bringe der Entwurf obendrein die Zerschlagung einer Simultanschule, die doch, wie zahlreiche Aeußerungen aus kirchlichen Kreisen bestätigen, sich durchaus bewährt habe, noch auf der badischen Landesschulkonferenz sei doch von autoritativer Seite aller Konfessionen erklärt worden, daß man an dem Bestand der Simultanschule nicht rütteln wolle. Offenbar habe man sich in letzter Stunde dieser besseren Ansicht erinnert und vielleicht seien den Vätern des Gesetzentwurfs, dem schwarzblauen Block, auch selbst Bedenken gekommen über die fatalen Auswirkungen dieses Gesetzes und so versuchte man durch Kompromißverhandlungen im preußischen und badischen Kabinett zu Milderungen zu gelangen. Die Entscheidung über den Gesetzentwurf falle indessen nicht im Reichsrat, sondern im Reichstag und es sei eine Aufgabe, die noch zur Verfügung stehende Zeit zu benutzen, um auf die Mitglieder des Reichstags einzuwirken, daß sie durch Ablehnung des Gesetzes oder wenigstens Beseitigung seiner schlimmsten Giftzähne furchtbares Unheil vom Volk und Staat abwendete. Auch die Sozialdemokratie habe dem Gesetzentwurf stärksten Kampf angesagt und so sei es die Pflicht aller Parteigenossen, mitzukämpfen, damit die Zurückführung des deutschen Volkes in die babylonische Gefangenschaft der Unfreiheit des Mittelalters verhütet werde.

Reicher Beifall belohnte den Redner für seine objektiven und zielbewußten Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Engler, Kümmelmann und Klumpp.

Es wurde eingehend über den Volksfreund und Werbungen zum Abonnement verhandelt, ebenso wurde die Herbstveranstaltung am 22. Oktober ds. Js. im großen Saale des Friedrichshofs genehmigt. Gegen 11 Uhr schloß der Vorsitzende Klumpp unter Worten des Dankes die Bezirksversammlung.

Gleichheit

In einem deutschen Lesebuch, das am 11. August 1919 zu Weimar geschaffen wurde und uns heilig ist, steht im Artikel 109 Satz 1: „Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich." In der Praxis sieht die Sache etwas anders aus. Während z. B. in Karlsruhe in den Hotels die Fremenkontrolle so gut wie abgeschafft ist, oder höchstens in ganz dringenden Fällen, vielleicht wenn jemanden steckbrieflich gesucht wird, zur Ausübung kommt aber dann nur nach 7 Uhr, ist dies in den Herbergen anders. Schon als noch die Herberge in der Adlerstraße offen war, kamen Wanderer und beklagten sich darüber, daß man morgens in aller Frühe beim ersten Hahnenschrei aus seinem Schlaf durch die Polizei geweckt wird. Wir haben die Wanderer immer getröstet mit den Worten, na ja, das ist eben mal ausnahmsweise, in Karlsruhe ist die Polizei nicht so strenge. Jedoch die Klagen wollen nicht verstummen. In der Herberge zur Heimat in Mühlburg erscheint regelmäßig wie der Weck im Laden die Fahndungspolizei früh vor 6 Uhr, um nach den Reisenden zu schauen, ob sie auch gut geschlafen haben. Die Papiere werden auf das Peinlichste durchschaut und oft wegen Lappalien werden junge Leute notiert und zu Protokoll genommen. Eingeschüchtert, wird oft zugestanden, daß sie da oder dort mal ein Stückchen Brot gefochten haben, um den Hunger zu stillen. Dann werden diese armen Kerle vorgeführt. Es ist nun schon so weit gekommen, daß Karlsruhe als „heißer Boden" bekannt ist.

Wozu denn der ganze Spuck? Sollen damit — vielleicht auf höheren Befehl — möglichst viele Anzeigen konstruiert werden? Das hat doch wahrhaftig keinen Zweck, denn in der Regel wandern solche Anzeigen doch in den Papierkorb. Es scheint darauf nicht anzukommen, sondern nur die Zahl wird wohl gemessen. Die Wanderer, die in der Herberge Verpflegung bekommen, werden doch schon vorher von der Polizei einer Kontrolle unterworfen und die sogenannten „Speckjäger" finden sich doch nicht ein und sind da zu finden, wo die Polizei zu Hause ist.

Es wäre dringend zu wünschen, da Abhilfe zu schaffen. Die Polizei kann sich doch wohl anderweitig beschäftigen und die Wanderer in der Herberge zur Heimat können darauf verzichten, morgens von der Polizei geweckt zu werden. Der Herbergsvater ist schon von selbst so freundlich und weckt seine Leute zum ersten Frühstück. In anderen Städten ist man nicht so diensteifrig und es geht auch. Im Bezirksamt zu Karlsruhe sollte man sich daher entschließen, diesen alten Zopf abzuschneiden und gleiches Recht für alle gelten lassen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, Wandel zum Besseren zu bringen.

Fr. Sig.

Fahrplananträge des Verkehrsvereins Karlsruhe

Mit Aufmerksamkeit verfolgt der Verkehrsverein Karlsruhe seit Jahren die Fahrplangestaltung und läßt keine Gelegenheit vorüber gehen, ohne die Interessen Karlsruhes und, soweit sie mit Karlsruhe zusammenhängen, auch die des badischen Landes nachdrücklichst zu vertreten. Für den Jahresfahrplan 1928/29 hat der Verkehrsverein soeben eine Anzahl von Anträgen gestellt und verschiedene andere badische Städte und interessierte Organisationen um Unterstützung der Wünsche gebeten.

Aus der Zahl dieser Anträge und Anregungen seien folgende hervorgehoben: Die Züge D 1/2 (Basel—Berlin) haben keinen unmittelbaren Anschluß südlich Mailands. Es wird daher die Fortsetzung der Züge bis und von Rom mit Einstellung durchlaufender Wagen Berlin—Rom und umgekehrt beantragt. Die Kurswagen dieses Zuges sollten nach Nord—Osten bis Königsberg—Riga ausgedehnt werden. Der Verkehrsverein wünscht ferner die Selbständigmachung des FD 5/6 (Basel—Berlin—Stockholm), der heute mit mit FD 163/64 verbunden ist. Dadurch würde eine weitere Fernschnellverbindung über Karlsuhe errichtet werden. Bei den Zügen D 85/86 wird ein alter Antrag auf Trennung der Züge nach Berliner und hanseatischem Verkehr wieder aufgenommen. Die fehlende Fortsetzung nach dem Gotthard beim D 86 sollte geschaffen werden. Der Ausbau der Züge D 191/192 (Basel—Berlin) zu Verbindungen Italien—Skandinavien, d. h. die Führung von Kurswagen Rom bis Stockholm wird auch vom Fahrplanausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages beantragt, nachdem sich der Verkehrsverein schon länger dafür einsetzt. Bei den Rheinlandzügen D 269 und 270 (Basel—Dortmund) erscheint die Einstellung eines Kurswagens Dortmund—Genf erforderlich. Durch die Weiterführung der Züge D 151/152 südlich Hannovers würde eine durchgehende Verbindung Basel—Bremen geschaffen. Mindestens sollten diese Züge bis Frankfurt geführt werden.

Was die Führung neuer Züge betrifft, so wird die Wiederführung der alten Saisonzüge D 13/26 (Luzern—Frankfurt) erbeten. Weiter käme die Einstellung eines FD-Zugspaares Hamburg—Basel in Frage, nachdem sowohl Berlin als auch die Rheinlande eine solche Verbindung mit der Schweiz besitzen. Ebenso wird die Führung eines beschleunigten Personenzugspaares Hamburg—Basel bezw. Bremen—Basel erneut beantragt. Eine Reihe von Wünschen betreffen die Schwarzwald- und die Kraichgaubahn. Bei der Schwarzwaldbahn werden geeignete Anschlüsse an die Saisonzüge D 157/156 vermißt. Die Fortsetzung des D 157 nördlich Karlsruhes wird auch für 1928 wieder beantragt. Auf der Kraichgaubahn fehlt noch immer ein Gegenzug zum BP. 313. Für diese Strecke wird der Antrag des Kraichgauer Verkehrsverbandes vom 11. Juli aufgenommen. Darnach soll über die Sommermonate ein neues Eilzugspaar Karlsruhe—Heilbronn—Crailsheim geführt werden, das eine Verbindung zwischen D 31 (Paris—Karlsruhe—München) und D 117 (Stuttgart—Crailsheim—Nürnberg) und umgekehrt zwischen D 118 und D 144 herstellt. Dieser Eilzug hätte zwischen Heilbronn und Karlsruhe den bestehenden Zug 314 zu ersetzen. Auf der Strecke Bretten—Karlsruhe könnte ein Lokalzug im jetzigen Kurs 314 eingelegt werden. Auch die seit drei Jahren gewünschte spätere Abendverbandung Heilbronn—Karlsruhe wird wieder beantragt. Die Kraichgaubahn sollte als Durchgangslinie vor allem in den Dienst des Verkehrs Karlsruhe—Nürnberg—Sachsen, Basel—Karlsruhe—Prag, vielleicht auch Paris—Karlsruhe—Prag bezw. Karlsbad gestellt werden. Angesichts der bevorstehenden Elektrifizierung der württembergischen Nord-Südstrecke ist der Ausbau dieses Bahnbetriebs von größter Wichtigkeit.

Bei der Maxaubahn wird auf die große Bedeutung des beschleunigten Baues einer festen Rheinbrücke bei Maxau erneut hingewiesen. Ferner wird die Führung eines zweiten Eilzugspaares Karlsruhe—Köln über Maxau beantragt. Bei der Murgtalbahn ist die Baufrage gleichfalls das wichtigste. Erst nach ihrer Lösung kommen hier weitreichende Fahrplanwünsche in Betracht. Die Murgtalbahnzüge sollten aber schon jetzt grundsätzlich bis nach von Karlsruhe durchfahren. Außer den genannten Anträgen und Wünschen beschäftigt sich die Eingabe mit einer Reihe kleiner Verbesserungen im Verkehr mit Karlsruhe und Baden und den Anschlüssen der bestehenden Züge, vor allem auch in der Schweiz (Basel).

(:) **Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Karlsruhe.** Quittung über Sammlungen für die Arbeiterwohlfahrt von Karlsruhe und Durlach für den Ferienaufenthalt von Arbeiterkindern. Karlsruhe: Belegschaft der Firmen Junker u. Ruh 114,30 M, Maschinenbaugesellschaft 57,30 M, Schaerer u. Co. 23,50 M, Berlin-Karlsruher Industriewerke 14,40 M, Schnellwaagenfabrik 6,50 M, Haid u. Neu 108,85 M. Durlach: Gritzner 96,90 M, Ritter AG. 58 M, Bad. Maschinenfabrik vorm. Sebold —.— M, Geschow: Sammelliste steht noch aus, Büro des D.M.V. 27 M.

(:) **Tierschutztag.** In Chemnitz wurden im September zwei Tierschutztage veranstaltet, denen der Vorsitzende des dortigen Tierschutzvereins das Geleitwort gab: „Wir dienen immer der Menschheit, wenn wir der Menschlichkeit dienen." Unter größter Beteiligung der Bevölkerung aller Schichten wurden die Tierschutztage zu einem Volksfest. Die Tierschutzbewegung kennt keine Parteiunterschiede, die Liebe und Hingabe für das Geschöpf ist in der Seele des armen Kindes für sein Kätzlein die gleiche, wie in der Seele der Weltdame für ihren Schoßhund. Mühselig und langwierig ist der Weg, auf dem der Tierschutzgedanke Boden gewinnt. In Chemnitz wurden in allen Kirchen Tierschutzpredigten gehalten. Das Recht der Tiere, die für uns arbeiten, uns beschützen, uns durch ihr Spiel erfreuen, auch der kleinsten Lebewesen, die alle ihren Zweck in der Natur erfüllen, muß auch bei uns Anerkennung finden, wie in anderen, besonders in den asiatischen Ländern. Den Zweiflern und Gleichgültigen ist die Berechtigung des Tierschutzgedankens bewiesen durch das Vorbild, das die Großen unseres Volkes, Lessing, Goethe, Kant, Schopenhauer, Richard Wagner und viele andere durch ihre Tierliebe gegeben haben.

Die Wiederholung der Modeschau der Firma W. Boländer fand wiederum lebhaften Zuspruch seitens des Publikums. Die große Auswahl in neuester Damenkonfektion jeder Art erregte viel Bewunderung und lebhaftes Interesse. Auch die von den andern Firmen, der Großkürschnerei Wilh. Zeumer, der Hutfirma L. Wilhelm, dem Schuhhaus Stern und der Firma Friedrich Blos gezeigten Neuheiten begegneten lebhaftem Interesse. Die Firma W. Boländer hat mit ihrer Modeschau eine wirklich wohlgelungene Veranstaltung geboten, die ihr und den beteiligten Firmen zweifellos viele neue Kunden zuführen wird, besonders auch, da sich der gute Geschmack mit Qualität und Preiswürdigkeit vereint. Wie wir hören, ist die Gardinen-Ausstellung noch bis einschließlich Montag geöffnet und kann den ganzen Tag über besichtigt werden.

Richtigstellung. Bezüglich der Briefkastennotiz in letzter Nummer wegen der schwarz-weiß-roten Beflaggung des „Goldenen Adler" wird uns von Buchdruckerseite mitgeteilt, daß der **„Goldene Adler" nicht mehr das Verkehrslokal des Buchdruckerverbandes** sei, sondern das **„Volkshaus"**. Hingegen habe der Buchdruckergesangverein „Typographia" sein Uebungslokal im „Goldenen Adler".

Der Wirt zum „Goldenen Adler" teilt uns mit, daß **nicht er**, sondern ein **Mieter** schwarz-weiß-rot beflaggte. Dies zu verhindern sei er nicht in der Lage. Er selbst habe noch nie schwarz-weiß-rot beflaggt.

Veranstaltungen

„König Oedipus". Im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche veranstaltet das humanistische Gymnasium in Wiederaufnahme einer alten Tradition der Schule eine zweimalige Aufführung des Königs Oedipus von Sophokles, am Dienstag, den 11., und Freitag, den 14. Oktober jeweils abends 8 Uhr im Konzerthaus. Die nicht nur der griechischen, sondern in der Weltliteratur berühmte Tragödie des großen chischen Dichters, die ebenso durch die Wucht des tragischen Geschehens, wie durch die Erhabenheit der Gedanken, die Schönheit der Sprache auch heute noch zu fesseln und erschüttern vermag, dürfte bei Eltern, Freunden und ehemaligen Schülern des Gymnasiums, sowie auch bei einem weiteren Kreise von Gebildeten und Freunden der Jugend auf freundliche Aufnahme rechnen, zumal ein früherer Schüler der Anstalt, Dr. Hermann Junker vom Badischen Konservatorium, eine wirkungsvolle, den tragischen Gehalt tief ausschöpfende Musik zu dem Stück geschaffen hat, die bei dieser Gelegenheit durch das bedeutend verstärkte Schülerorchester zur Uraufführung gelangt. Näheres siehe Anzeigenteil vom Samstag.

Evang. Akademikervereinigung. Ortsgr. Karlsruhe. Nachdem die Vereinigung im Laufe des Sommers unter Führung des Leiters der Apologetischen Zentrale, Prof. Dr. Weckesser, ins Leben gerufen wurde, wird sie im Verlaufe des Winters mit einer Reihe von Vorträgen an die Oeffentlichkeit treten, für welche führende Männer des evang.-kirchlichen Lebens gewonnen worden sind. Als erster Redner wird heute Montag, 10. Oktober, Reichswart Dr. Erich Stange-Kassel sprechen, einer der hervorragendsten evang. Jugendführer Deutschlands. (Näheres siehe Anzeige in der Samstagnummer.)

Gesundheit als das höchste Erdengut sucht sich jeder zu erhalten, der sich ihrer erfreut und sucht zu finden der, dem sie verloren ging im Kampf ums Dasein. Welches sind die Feinde, die ihr drohen und sie mit harter Gewalt zerstören? Unendlich viel Wege werden in unseren Tagen gezeigt wo und wie wir den von Krankheit in seiner Funktion gestörten Körper wieder heilen. Welches ist der rechte Weg? Schriftsteller Reinhold Gerling, der in allen Kreisen der Lebensreform und Gesundheitsvereine bekannt ist, spricht über diese Fragen am Montag. Näheres siehe Inserat.

Aus den Vororten

Beiertheim

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 8 Uhr findet im „Weiherhof" eine **Versammlung** statt mit Vortrag. Bürger, Genossinnen und Genossen von der Weiherfiedlung und Beiertheim erscheint recht zahlreich. Volksfreundleser sind freundlichst dazu eingeladen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Landestheater: Macbeth. 7½ bis 10¼ Uhr.
Residenz-Lichtspiele: „Die letzte Nacht" mit Lily Donula. Saure Milch (Groteske). Die Welt im Bild.
Badische Lichtspiele: Abends 8 Uhr: „Land unterm Kreuz", „Unsere Landjäger". Opelwoche 41.
Union-Theater: Mein Heidelberg, ich kann dich nicht vergessen. Außerdem Beiprogramm.
Palast-Theater: „Svengali". Außerdem Beiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Männer vor der Ehe. Beiprogramm.
Großer Rathaussaal: Vortrag von Dr. Ernst Stange. Der Mensch im Angesicht des lebendigen Gottes. Abends 8¼ Uhr.
Saal der Eintracht: Schriftsteller Dr. Gerling: Oeffentlicher mediz.-pol. Vortrag. Abends 8 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. 7. Okt. Christian Heitzmann, Ehemann, Kupferschmiedmann, Kupferschmied, alt 27 Jahre; Willi, alt 5 Jahre, Vater Heinrich Klein, Maurer. — 8. Oktober: Leopold Ullmann, Witwer, Privatmann, alt 91 Jahre.

Gib dem Kinde einen Groschen — und gehe selbst, so lautet ein Sprichwort. Der Vergeßlichkeit der Kinder kann man vorbeugen. Schickt man sie zum Kaufmann mit einem Zettel, auf dem zu lesen ist: 1 Dose **Erdal**, Rotfrosch, schwarz, für 25 Pfennig, so wird man das Gewünschte erhalten. Nochmaliges Selbstgehen, Umtausch, Aerger sind erspart.

Rheinreise der „Badenia“ Karlsruhe

Dem Mainzer Journal entnehmen wir auszugsweise folgenden Bericht:

Wo auch immer die Sänger auf ihren Fahrten in besetzten deutschen Städten ihren Einzug hielten, da ward aus Klang und Gegenklang, aus Liebe und Gegenliebe ein hehres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, ein Treuschwur auf alles Schöne, Wahre und Gute.

Trotz des gerade nicht günstigen Wetters fanden sich am Samstag-Nachmittag unter starkem Andrang des Publikums fast sämtliche Fahnendeputationen der Mainzer Sängerschaft am Hauptbahnhof ein, um den auf einer Rheinreise begriffenen Gesangverein „Badenia“, E. V. aus Karlsruhe, zum Gegenbesuch als Gast des Männergesangvereins „Liedertafel“, Mainz-Kostheim, in unserer Vaterstadt würdig zu begrüßen. Die Musikkapelle „Konkordia“-Mainz-Kostheim unter Leitung des Herrn Kuhn empfing die Gäste beim Einlaufen des Zuges mit einem feurigen Marsch. Mächtig schallte sodann den Gästen durch die Sänger der „Liedertafel“ der deutsche Sängergruß: „Grüß Gott mit hellem Klang“ entgegen, der einen wirkungsvollen Widerhall in den weiten Hallen des Hauptbahnhofes fand. Der erste Vorsitzende der „Liederhalle“, Herr Peter Seif, begrüßte die Gesellschaft mit herzlichen Worten in Mainz. Er wünschte, daß der heutige Besuch der lieben Gäste dazu beitrage, daß die Bande der Freundschaft zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet immer enger würden zum Wohle des deutschen Vaterlandes. — Der Vorsitzende der Mainzer Sängerschaft, Herr Fuchs, entbot in deren Auftrag den Karlsruher Sangesbrüdern ein herzliches Willkommen. — Im Namen des Badener Vereins 1909 hieß Herr Denig die badischen Landsleute willkommen und wünschte ihnen recht frohe Stnuden. — Der 1. Vorsitzende der „Badenia“, Herr Banschbach, dankte mit bewegten Worten für den herzlichen und glänzenden Empfang. Er versprach, an den freundschaftlichen Beziehungen festzuhalten und auch weiterhin in Treue zum besetzten Gebiet zu stehen.

Nachdem die Karlsruher Sänger mit dem badischen Sängergruß: „Vom See bis an des Maines Strand“, komponiert von ihrem Ehrenchormeister Baumann, geantwortet hatten, brachte die „Liedertafel“ unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Musikdirektors Müller, den Männerchor „Vaterland“ von Wohlgemut zum Vortrag. Mit klingendem Spiel ging es über die Straßenbrücke und die Fremden erfreuten sich an dem herrlichen Rheinstrom und den wundervollen Ausblicken, die sich boten. In unserem festlich geschmückten Stadtteil Kostheim wurden die fremden Sänger von den Bewohnern jubelnd begrüßt und sodann in ihren Bürgerquartieren untergebracht. Abends 8 Uhr fanden sich die Karlsruher Sänger mit ihren Gastgebern und den Vertretern sämtlicher hiesigen Gesangvereine in dem reich mit Fahnen geschmückten großen Saale des „Frankfurter Hofes“ ein, dessen Tische geschmackvoll mit Blumen in den badischen Landesfarben belegt waren. Der Abend war einer Begrüßungsfeier gewidmet und sollte der Auffrischung der freundlichen Beziehungen dienen, die bei einem Besuch der „Liedertafel“ am 15. und 16. Juli ds. Js. in Karlsruhe geflochten worden waren. Ein reichhaltiges Programm sorgte dafür, daß die Gäste recht bald in eine rheinisch-fröhliche Stimmung versetzt wurden. Einen Hochgenuß boten die im Verlaufe des Abends dargebrachten Sängersprüche und Chorlieder des 120 Mann starken Gesangvereins „Badenia“, der Kostheimer „Liedertafel“ und des Männer-Quartetts Kostheim und die zum Teil die Herren Dirigenten Baumann-Karlsruhe und Müller-Mainz zu Komponisten hatten. Den exakt und tonschön vorgetragenen Chören blieb man die Anerkennung nicht schuldig. Ebenso gut schlossen auch die humoristischen Soloquartette der beiden erstgenannten Vereine ab. Daß aber auch die gesamte Korona stimmbegabt war, bewiesen die gemeinsam gesungenen beiden Kommerslieder „Willkommengruß“ von Gregor Metz und „Ach, was schmeckt doch der Wein so gut“ von Lorenz Elz, sowie das von dem Mitglied der „Badenia“ H. Lump verfaßte Chorlied: „De Karlsruher Dorscht“ und dessen mit humoristischen Bildern versehenes Programm zur Sängerfahrt der „Badenia“. Bei ihrem Besuch in Karlsruhe wurden der Ehrenchormeister Baumann, der Ehrenvorsitzende Riple und der 1. Vorsitzende, Herr Banschbach von der „Badenia“ zu Ehrenmitgliedern ernannt. Dies gab dem Gesangverein „Badenia“ Veranlassung, am Begrüßungsabend den gesamten Verein der „Liedertafel“ zum Ehrenmitglied er ernennen, was jubelnden Beifall auslöste. Gleichzeitig wurde der „Liedertafel“ eine diesbezügliche prachtvolle Ehrenurkunde überreicht. Ferner wurde der „Liedertafel“ von der „Badenia“ ein noch auszuwählender Chor, komponiert von Herrn Baumann, zur Erinnerung an den Besuch zum Geschenk gemacht. Im Auftrage der Karlsruher Sängerschaft überreichte Herr Lehnert der „Liedertafel“ einen wundervoll gearbeiteten silbernen Pokal zum Angedenken. Redner toastete anschließend daran auf Deutschland, worauf unter Begleitung der Musikkapelle das Deutschlandlied gesungen wurde.

Am Sonntag-Vormittag fand unter kundiger Führung eine Besichtigung der Stadt, besonders des Domes, dessen Renovierung allgemeines Interesse erregte, des Stadtparks, Rosariums und Denkmälern statt. Der Besichtigung folgte ein gemeinsames Mittagsmahl.

Um 11.4 5Uhr wurde mit dem Salondampfer „Aurea Moguntia“ eine Rheinfahrt nach dem Niederwalddenkmal unternommen, woran sich ein großer Teil der Mitglieder der „Liedertafel“ und die Musikkapelle „Konkordia“ beteiligte. Bei Sang und Klang und einigen Tänzchen setzte bald eine feuchtfröhliche Stimmung ein, und ehe man sichs versah, landete der Dampfer in Rüdesheim. Um 15.30 Uhr fand die Rückfahrt nach Mainz statt. Unter den lustigen Klängen der Kapelle „Konkordia“ bewegte sich der Zug durch die Stadt nach dem Hauptbahnhof, woselbst ein bewegter Abschied erfolgte. Die Kapelle spielte: „Muß i denn, muß i denn“, und langsam rollte der Zug mit den scheidenden Gästen unter herzlichen Zurufen „Auf Wiedersehen“ und Tücherschwenken zur Bahnhofshalle hinaus, den Blicken der Nachschauenden langsam entschwindend. H.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Baden hatte gestern fast wolkenloses Wetter. Nachts trat in freien höheren Lagen Frost ein. Der hohe Druck liegt jetzt zentral über Europa. Wir behalten daher die gegenwärtige Witterung weiter.

Voraussichtliche Witterung für Dienstag, 11. Oktober: Heiter, trocken, tagsüber wärmer, Nachtfröste.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 334, gef. 8; Schusterinsel 220, gef. 7; Kehl 344, gef. 9; Maxau 534, gef. 13; Mannheim 465, gef. 13 Zentimeter.

Aus der Stadt Durlach

Schweinemarkt am 8. Oktober. Der Markt war befahren mit 69 Läufern, 251 Ferkeln. Verkauft wurden 54 Läufer, 204 Ferkel. Preis per Paar Läufer 40—62, Ferkel 22—28 ℳ.

Aus Mittelbaden

Bruchsal

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. In der diesmonatlichen Mitgliederversammlung referierte der 1. Vorsitzende Kamerad Prof. Ehret über „Harry Domela, eine Zeiterscheinung“. Er führte ungefähr aus: Nicht mit einer Köpenickiade schlechthin haben wir es bei Domela zu tun, sondern mit einer den Zeitgeist charakterisierenden und unmögliche Zustände grell beleuchtenden Erscheinung eines an sich begabten und nicht gerade wertlosen jungen Menschen, der trotz besten Wollens, sich ehrlich durchs Leben zu schlagen, durch unsoziale Maßnahmen und verständnislose „Fürsorger“ entgleiste. Zwangsläufig wird Domela zum Hochstapler; er spielt glänzend seine Rolle und versteht es ausgezeichnet, die Dummheit gewisser, mit traditionellen Vorurteilen behafteten, Zeitgenossen, zu „verwerten“. Schicksalhaft muten seine Abenteuer an und erschütternd wirkt die Schilderung seiner Jugend. Prof. Ehret verstand es sehr gut, an Hand einiger vorgelesener Stellen aus Domelas Abenteurerbuch, das Thema anschaulich zu gestalten. Er schloß mit der Mahnung, solche Vorkommnisse rücksichtslos auszunutzen, um die Hohlheit und Verlogenheit gewisser Gesellschaftsklassen gebührend zu brandmarken. K.

Statistisches der Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal. Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Oktober 1927 insgesamt 13 748 einschl. der 746 als erwerbslos Gemeldeten, gegenüber 13 736 einschließlich 884 Erwerbslosen im Vormonat und zwar 6303 männliche und 7445 weibliche Mitglieder. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren in Bruchsal 5854 inkl. 411 Dienstboten gemeldet gegenüber 5791 inkl. 404 Dienstboten im Vormonat. In den zum Kassenbezirk gehörenden 24 Landgemeinden waren gemeldet 7894 gegenüber 7945 im Vormonat. Arbeitsunfähige Kranke, die im Krankengeldbezug stehen, wurden 197 männliche und 216 weibliche Mitglieder gezählt. In den Krankenhäusern werden 18 männliche und 36 weibliche Mitglieder stationär behandelt, im Erholungsheim befinden sich 5 männliche und 23 weibliche Mitglieder, zusammen 495 erwerbsunfähige Kranke oder 3,60 Prozent der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 467 oder 3,40 Prozent im Vormonat. Wochenhilfe an Kassenmitglieder wird in 112 und Familienwochenhilfe in 44 Fällen bezahlt.

Schweinemarkt in Bruchsal am 8. Oktober. Angefahren wurden: 223 Milchschweine, 24 Läufer. Verkauft wurden: 120 Milchschweine, 10 Läufer. Höchster Preis pro Paar 27 bezw. 38 ℳ, häufigster Preis pro Paar 20 ℳ, niedrigster Preis pro Paar 13 bezw. 34 ℳ.

Baden-Baden

Arbeitslosenversicherung

Am 1. Oktober 1927 ist die neu eingeführte Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Wer Arbeitslosenunterstützung beantragen will, muß eine Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen, aus welcher hervorgeht, wie lange und als was er beschäftigt war und welches Einkommen er hatte. Für diese Arbeitsbescheinigung ist ein Vordruck vorgeschrieben, der bei den Arbeitsämtern erhältlich ist. Die Arbeitgeber sind zur Erteilung derartiger Arbeitsbescheinigungen gesetzlich verpflichtet. Sie tun deshalb in ihrem Interesse gut daran, wenn sie jedem Arbeitnehmer, der aus der Arbeitsstelle ausscheidet, eine solche Bescheinigung aushändigen und darauf achten, daß dieselbe sorgfältig ausgefüllt ist. Nur bei vollständiger und richtiger Ausfüllung des Vordruckes sind die Arbeitgeber vor weiteren Rückfragen und Beanstandungen gesichert. Es empfiehlt sich deshalb, der Ausstellung der Arbeitsbescheinigung alle Sorgfalt zuzuwenden.

Polizeibericht

Wem gehört die Uhr? In einer Strafsache wurde eine silberne Damenarmbanduhr mit der Widmung „Dein Adolf, Weihnachten 1916 (oder 1926)“ beschlagnahmt. Der rechtmäßige Eigentümer der Uhr wird ersucht, sich beim Landespolizeiamt Karlsruhe zu melden. — **Verloren** wurde eine braune Wiener Zibharmonika, die sich in einem Rucksack befand. Ferner wurde am vergangenen Sonntag in hiesiger Stadt eine Armbanduhr verloren. Anhaltspunkte über den Verbleib dieser Gegenstände wollen der Kriminalpolizei mitgeteilt werden. — **Verkehrsunfall.** Am 2. Oktober stießen auf der Straße zwischen Malschbach und Geroldsau zwei Personenkraftwagen zusammen, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Der Zusammenstoß ist darauf zurückzuführen, daß einer der Wagen mit einer fehlerhaften Bremsvorrichtung versehen war. — Am 1. d. M. fuhr am Oosscheuerner Uebergang ein Kraftradfahrer mit einem Radfahrer zusammen, weil der letztere beim Einbiegen nach rechts, plötzlich ohne ein entsprechendes Zeichen zu geben, nach links fuhr. Die baden Radfahrer sowie ein Beifahrer kamen zu Falle, ohne jedoch besondere Verletzungen zu erleiden. — Am gleichen Tage wollte am Bahnhofsplatz ein von der Stadt kommender Kraftwagen zwischen dem Inselperron und einer Droschke hindurchfahren. Hierbei streifte er das Handpferd, welches zu Boden stürzte und sich verletzte. Außerdem brach die Deichsel der Droschke ab. — Am 3. Oktober nachmittags 10.45 Uhr scheuten in der Schloßstraße die zwei Pferde eines Güterbeförderungswagens. Der Fuhrmann wurde vom Wagen geschleudert und erlitt dadurch eine Kopfverletzung. Die Pferde konnten dann von Passanten angehalten werden. — **Festgenommen** wurden ein aus seiner Lehrstelle in Karlsruhe entlaufener Dreher, ein Taglöhner aus Hannover und ein Taglöhner aus Eisenach wegen Landstreicherei, ferner 2 Personen wegen Paßvergehens. — **Ermittelt** wurden ein als vermißt ausgeschriebener Hoteldiener aus Hamburg und ein wegen Unterschlagung gesuchter Gürtler aus Leipzig. — **Zur Anzeige** kamen 4 Personen wegen Betrugs, 5 Personen wegen Unterschlagung und 50 Personen wegen verschiedener Uebertretungen.

Offenburg

Herbstfeier. Der Arbeitersängerbund veranstaltete am Samstag im „Dreikönigsaal“ seine diesjährige Herbstfeier. Die Veranstaltung wies einen guten Besuch auf. Das Programm brachte gesangliche Darbietungen: drei gemischte Chöre „das heilige Feuer“ von Uthmann, „He-uch-la“ ein russisches Wolgalied und den Chor „Es ritten drei Reiter“. Von den Liedern hat besonders das letztere gut gefallen, sogar das Wolgalied. Auch der Frauenchor „Waldesfrieden“ und der Männerchor „An die Heimat“ fanden guten Beifall. Das Doppelquartett sang drei Lieder und fand stärksten Beifall. Der Vorstand Schulinspektor Genosse Läubin hielt eine kurze Ansprache, in der er auf die kulturelle Bedeutung des Arbeitergesangs hinwies. Herr Basler verstand es dann noch durch drei humoristische Vorträge die Lachmuskeln in Bewegung zu bringen. Sangesgenosse Rudolf, ein altes treues Mitglied des Vereins erhielt vom Vorstand eine Ehrentafel. Der unterhaltsame Abend wurde mit einem gemütlichen Tänzchen abgeschlossen, an dem sich Jung und Alt beteiligte, so daß die Herbstfeier zur allseitigen Befriedigung verlief.

Gerichtszeitung

Verworfene Revision. Der zweiteStrafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Donnerstag mit der Revision der Berliner Spritschieber Weber und Genossen, die von der Großen Strafkammer des Landgerichts in Berlin im November vorigen Jahres verurteilt worden waren. Der Fabrikant Weber war wegen Hinterziehung von Branntweinsteuer einmal zu 5 Jahren Gefängnis und zu 100 000 ℳ Geldstrafe sowie 20 000 ℳ Wertersatz verurteilt worden, der Drogist Johann Käding zu 13 Monaten Gefängnis, 100 000 ℳ Geldstrafe und 25 000 Mark Wertersatz und der Ingenieur Leithinger, der nur das Opfer dieser großen Schieber geworden ist, erhielt wegen Beihilfe 5000 ℳ Geldstrafe. Die anderen acht Angeklagten wurden zu längeren Gefängnis- und Zuchthausstrafen sowie zu hohen Geldstrafen verurteilt. Alle Angeklagten hatten jahrelang die Steuerbehörde auf das schwerste geschädigt, indem sie Sprit für gewerbliche Zwecke bezogen, diesen aber zum größten Teil vergällt oder unvergällt zum vielfachen Preise wieder verkauften. Nur ein Drittel haben sie in ihren Betrieben verbraucht, zwei Drittel wurden verschoben. Das Gericht verwarf bei allen drei Angeklagten die Revision und legte ihnen auch die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf.

Chefredakteur: Georg Schöpflin • Preßgesetzliche Verantwortung: Politik, Volkswirtschaft, Wirtschaftskämpfe, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten Hermann Kadel; Freistaat Baden, Frauenbeilage, Gemeindepolitik, Aus Mittelbaden, Kleine badische Chronik Aus der Stadt Durlach, Theater und Musik, Kunst und Wissen, Gerichtszeitung, Markt und Handel Hermann Winter; Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Karlsruher Chronik, Briefkasten Josef Gisele • Verantwortlich für den Anzeigenteil Gustav Krüger • Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden • Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H. Karlsruhe

Aus aller Welt

Brandkatastrophe in Frankreich

In Puy-St. Andréas (Dep. Actvis) vernichtete eine Feuersbrunst 80 Häuser. 300 Menschen sind obdachlos. Sämtliches Vieh kam in den Flammen um. 2 Menschenleben wurden vernichtet, 8 Menschen schwer verletzt.

Die Fleischvergiftungen in Reichenbach — 178 Erkrankungen

Reichenbach, 9. Okt. Wie amtlich gemeldet wird, haben sich die Erkrankungen infolge des Genusses von **rohem Pferdefleisch** in großem Umfange vermehrt. Es sind jetzt **178 Personen erkrankt. Ein Fall ist tödlich verlaufen.** Die meisten Erkrankten befinden sich auf dem **Wege der Besserung.**

Höhenflugrekord einer englischen Fliegerin

London, 9. Okt. Die englische Fliegerin **Ellioth Lynn** hat mit ihrem Flugzeug eine Höhe von **19 000 Fuß** erreicht, was einen **Weltrekord** für **Leichtflugzeuge** darstellt.

Ausbruch eines chilenischen Vulkans

Buenos Aires, 8. Okt. Der chilenische Vulkan **Llaima** (3011 Meter), der seit 1864 erloschen schien, wirft große Massen **Asche und Rauch** aus. Dieser Ausbruch wird von **starken Erdstößen** begleitet, die in einem Umkreis von mehrerere Kilometern Radius verspürt werden. **Die Bewohner der Gegend flüchten.**

Vier Eisenbahnwagen führerlos abwärts gerollt

Berlin, 8. Okt. Auf der Station **Bad Thal** der Ruhlaer Nebenbahn, ereignete sich ein eigenartiger **Unglücksfall.** Beim Rangieren **gerieten** vier von der Maschine **abgekuppelte besetzte Personenwagen** auf der abschüssigen Strecke ins **Rollen** und stießen dabei auf einen **Güterwagen** und dann auf einen **Prellbock** auf. Durch den **Anprall wurden die 40 Passagiere von ihren Sitzen geschleudert und fast ausnahmslos verletzt.** Die Verletzungen sind zum Glück größtenteils nur **leicht.** Ein größeres Unheil wurde dadurch vermieden, daß der **Zugführer auf die fahrenden Wagen sprang und durch Bremsen den Anprall milderte.**

Erdbeben in Oesterreich, der Tschechoslowakei und Ungarn

Wien, 9. Okt. Gestern abend kurz nach ¾9 Uhr, wurde hier ein starker Erdstoß verspürt, der mehrere Sekunden anhielt. Im örtlichen Telephonbetrieb sind teilweise Störungen aufgetreten. Sämtliche seismographischen Apparate der Erdbebenwarte sind vollständig zerstört. Im Deutschen Volkstheater brach eine Panik aus, die Schauspieler setzten aber das Spiel fort, so daß die Vorstellung weitergehen konnte. Zahlreiche Schornsteine stürzten ein. Aus Graz, Brünn und der ganzen Gegend an der Mürzlinie werden gleichfalls schwere Erdbeben gemeldet.

Prag, 9. Okt. Gestern abend 8.50 Uhr wurden in einigen Teilen der Stadt Prag ein leichtes Erdbeben verspürt.

Preßburg, 9. Okt. Gestern um 8,51 Uhr wurde hier ein heftiges Erdbeben verspürt, das 5—6 Sekunden anhielt.

Raab, 9. Sept. Gestern abend 20,45 Uhr, wurde hier ein Erdbeben von wenigen Sekunden Dauer verspürt. Das Beben war besonders in den höheren Stockwerken der Häuser fühlbar. Schaden wurde nicht angerichtet.

Letzte Nachrichten

Badische Zentrumsreden

Dr. Köhler und Dr. Schofer

WTB. **Karlsruhe,** 9. Okt. Im Rahmen der Feier des 25jährigen Bestehens des **Windthorstbundes** hielt **Reichsfinanzminister Dr. Köhler** gestern eine Rede über die politischen Tagesfragen. Er wies darauf hin, daß in der derzeitigen Regierung der **Schutz der Republik** der **Grundgedanke der Zentrumspolitik** sei. **Die Parteien, die in der Regierung zusammenarbeiteten,** stünden auf dem Boden der Verfassung von Weimar, dem Boden der **demokratischen Republik.** Die verfassungsmäßigen Reichsfarben seien schwarz-rot-gold, und ihnen sei jede Achtung und Ehrung zu erweisen, die jedes Volk seinen Farben entgegenbringe. — Zur Frage **„Einheitsstaat oder Föderativstaat“** führte der Reichsfinanzminister u. a. aus: Das deutsche Volk kann sich den Luxus doppelter und dreifacher Verwaltung derselben Aufgaben nicht mehr gestatten. Alle irgendwie noch tragbaren Vereinfachungsmöglichkeiten müssen ergriffen werden.

Wir haben unter Berücksichtigung der wirtschaftl. Lage dafür zu sorgen, daß Steuerkraft und Steuerleistung einander angeglichen und eine Einnahmewirtschaft sowie eine ebenso sparsame Ausgabenwirtschaft hergestellt werden.

Im Verlaufe des Festabends nahm auch der Führer des badischen Zentrums, **Prälat Dr. Schofer,** das Wort zu einer Ansprache, in der er über die **Schul-** und die **Wahlrechtsfrage** sprach. In der Schulfrage halten wir treu zusammen und da giebt es keinen Unterschied zwischen uns. Wir beanspruchen, daß die Reichsverfassung dort, wo sie für unseren Schutz sich ausspricht, auch für uns in Anspruch genommen wird. Wer für die Weimarer Verfassung gestimmt hat, muß auch Sinn haben für die Paragraphen, die das Elternrecht statuieren. **In der Schulfrage gibt es Grenzen, die wir niemals überschreiten werden.** Wer es **ehrlich** mit der **Republik** meint, muß mitarbeiten an der **Umgestaltung unseres Reichstagswahlrechtes.** Heute stehen dabei wirtschaftlich egoistische Fragen im Vordergrund, nicht mehr der staatspolitische Gedanke, sondern wirtschaftliche Sonderinteressen. Dem gegenüber verlangen wir **Rückkehr** zum **Einerwahlkreis** und ein **Wahlrecht,** das dem Wähler wieder seine natürlichen Rechte gibt. **Noch eine oder zwei Wahlen mit diesem Wahlrecht und die Republik ist kaputt!** Dieses Wahlrecht muß geändert werden nach dem Begriff des Einerwahlkreises unter Festhalten am Rahmen des Proporzes. Zum Schluß streifte der Redner auch die Frage **Unitarismus oder Föderalismus** und erklärte dabei u. a.: Wir stehen treu zum Reich, wachen aber ebenso scharf über unsere **Selbständigkeit** und unsere Bewegungsfreiheit.

*

Auf die gestrigen Reden der beiden Zentrumsführer werden wir noch zu sprechen kommen.

Serbisches Ultimatum an Bulgarien

Wie die B. Z. von informierter Seite erfährt, hat **Jugoslavien** von der **bulgarischen Regierung** in einer sehr kurz befristeteten Note Bescheid darüber verlangt, welche Maßnahmen die bulgarische Regierung zu treffen gedenke, um in Zukunft ähnliche Vorkommnisse, wie die letzten Ueberfälle der mazedonisch-bulgarischen Komitatschi-Banden zu verhindern.

Das bulgarische Kabinett trat sofort zu einer Beratung zusammen, die erst spät abends endete. Nach einer Version soll die Entscheidung bereits gefällt sein.

Ein sozialdemokratischer Wahlerfolg

Michelbach (Murtal). Eig. teleph. Meldung. Die Sozialdemokratische Partei konnte bei der gestern hier stattgefundenen Bürgermeisterwahl einen glänzenden Erfolg erzielen. Ihr Kandidat, Gen. Otto Hirsch, wurde mit 348 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Kandidat des Zentrums, Julius Bastian, erhielt 198 Stimmen und der Kandidat der Bürgerpartei, Otto Rieger, 73 Stimmen. Genosse Hirth ist somit zum Bürgermeister gewählt.

LESER · DECKT · EURE · EINKÄUFE

BEI · DEN · FIRMEN · DIE · IN · UNSERER · PRESSE · INSERIEREN

HERMANN TIETZ · TIETZ · KARLSRUHE

MÖBELHAUS MAIER WEINHEIMER
Karlsruhe, Kronenstr. 32
Großes Lager · Billigste Preise
Zahlungserleichterung
Auf Straße u. Hausnummer achten

Gebrüder Strauß
Karlsruhe, Kreuzstraße 19
Großes Lager
Herren- und Damen-Kleiderstoffe,
Aussteuer-Artikel, Bettfedern,
Trikotagen
Spezial-Abteilung: Herren-Schneiderei

Wein, Branntwein Likör
am besten im einzigen altbekannten Fachgeschäft
Urban Schurhammer
Weingroßhandlung
Durlach, Blumenstr. 13

Alois Müller
Mineralwasserfabrik
Gegründet 1893
Feinste Limonaden und künstliche Tafelwässer

Färberei Printz
A. G. Karlsruhe
Ettlingerstraße 65/67. Fernruf 4507 und 4508
Gegründet 1846
Werk für Färberei
Chemische Reinigung u. Wäscherei
Annahmestellen überall

Bezirkskonsumverein
Bretten-Bruchsal e.G.m.b.H.
Gegründet 1908 Mitglieder 4544
Größtes Lebensmittelgeschäft des Bezirks
Werdet Mitglied! Eintritt frei!

Recker & Haufler am Ludwigsplatz
Büro und Lager: Belfortstraße 9
JUNO-KOCHHERDE
Gasherde . . . . von Mk. 76,50 an
Kohlenherde . . . . von Mk. 72,00 an
Kombin. Herde . . „ „ 126,00 „
Badeeinrichtungen „ „ 190,00 „
Ir. Dauerbrandöfen „ „ 18,00 „
Zahlungserleichterung!

Gritzner
Nähmaschinen
Fahrräder
mit „Gritzner-Freilaufnabe"
Bestes deutsches Erzeugnis
Maschinenfabrik Gritzner
A. G. Durlach

LEIPHEIMER & MENDE
Das Spezialgeschäft für
Herren- und Damenstoffe
Wäsche-
und Haushaltungsstoffe

Kauft bei uns!

Du kannst viel
für den Volksfreund tun, wenn Du Dich bei Deinen Einkäufen auf ihn berufst, wenn Du ihn bei Bekannten zum Abonnement empfiehlst
Tue es doch bitte!

Billigste Bezugsquelle
für Qualitätswaren
in Kleiderstoffen, Modewaren, Wäsche, Schürzen, Strümpfe usw.
Gera-Greizer-Kleider-Stoff-Geschäft
Lichtentalerstraße 34
Baden-Baden

Richard Baer
Rastatt
Lumpen-Sortieranstalt
Telephon 340
*
Käufer sämtlicher
Stoff-Abfälle
aus Schuhe-, Wäsche u. Korsettfabriken

Wir bedienen Sie gut!

Städt. Sparkasse
Baden-Baden
Führung von Spareinlage-, Giro-, Scheck- und Kontokorrent-Konten * An- und Verkauf von Wertpapieren Offene Depots * Schließfächer, zeitgem. Verzinsung
Aeltestes Geld-Institut am Platze

GESCHW. KNOPF
DAS GROSSE MODERNE WARENHAUS
führt in seinen zahlreichen Abteilungen sämtliche Bedarfs-Artikel in nur guten Qualitäten zu den billigsten Preisen

Friedrich Däuble
Karlsruhe-Rüppurr
Telephon 1811
Gegründet im Jahre 1878
Essig- u. Salz-Gewürz-Gurken
Essige, Tafelsenf

Saly Landauer
Schuh-Instandsetzungs-Fabrik
SOLID
Kaiserstraße 44, Telef. 4757
Annahmestellen:
Lessingstr. 31 Schützenstr. 91
Durlach: Leopoldstr. 9

Herren- und Knaben-Konfektion
sowie
Berufs-Kleidung aller Art
finden Sie in größter Auswahl zu billigsten Preisen in dem Spezialhaus von
Kastner & Schillinger, Rastatt

TAPETEN-SPEZIALHAUS
Rieger & Matthes Nachf.
Inh.: Alb. Niegel & Rich. Becker
Kaiserstraße 186, am Kaiserplatz
Fernruf 1783
Reichhaltige Auswahl geschmackvoller Muster in jeder Preislage!
TEKKO — SALUBRA — VELOUR

Christ. Oertel
Kaiserstr. 101-103 Karlsruhe Fernsprecher 217
Spezial-Haus
für gediegene Wäsche- u. Betten-Ausstattungen

Trinkt Milch! Eßt Yoghurt!
Milch ist das bekömmlichste, nahrhafteste, billigste und gesundeste Nahrungsmittel / Milch von nur einwandfreier Beschaffenheit; sowie Yoghurt, Süßrahmbutter, Schlagsahne, Frühstückskäse erhalten Sie täglich frisch in den uns angeschloss. Milchspezialgeschäften der Milchhändler-Genossenschaft Stadt.
Städt. Milchzentrale Offenburg / Tel. 1941

Zur Wintersaison 1927/28
Der warme Ulster
Unsere Hauptpreislagen sind:
36.- 45.- 54.- 65.- 78.- 87.- 92.- 98.-
und höher
B. Borgwardt & Co., Karlsruhe
gegenüber Bahnpost, Postraße 12
Großes Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung

Sie kaufen
am Besten im
Konsumverein Durlach u. Umgegend
weil er, wenn Sie Mitglied sind oder werden, Ihr eigenes Geschäft ist, indem alle Erübrigung an die Mitglieder zurückfließt. Diesjährige Erübrigung **43243** Mark, wovon **33750** Mark zur Verteilung gelangen.

Photo- u. Kino-Apparate
Aufnahme- und Vorführungsapparate / Lichtbilder-Apparate zur Projekt. undurchsicht., sowie Glasbilder / Photo-Arbeiten innerhalb 8 Std.
Alb. Glock & Cie.
Kaiserstraße 89, Tel. 51
Gegründet 1861

Moritz Veith
Nachf.
Karlsruhe, Kronenstr. 34
Teppiche, Läufer
Divandecken
Möbelstoffe, Matratzenstoffe

LESER · DECKT · EURE · EINKÄUFE